

Zu Transparency Deutschland

Transparency International Deutschland e. V. arbeitet deutschlandweit an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung und Eindämmung der Korruption. Dazu müssen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Koalitionen bilden. In Arbeits- und Regionalgruppen werden die Ziele an entscheidende Stellen transportiert, Lösungen erarbeitet und gesellschaftliche wie politische Entwicklungen kritisch begleitet.

| | | |
|---|--|--|
| Vorwort | | 2 |
| 01 Das Jahr im Überblick | | 4 |
| 02 Arbeitsgruppen und Projekte | | 18 |
| <ul style="list-style-type: none"> - Politik - Bundes- und Landesverwaltung - Informationsfreiheit - Vergabe - Integritätspakt - Wirtschaft - Internationale Vereinbarungen - Kommunen - Finanzmarkt | <ul style="list-style-type: none"> - Financial Integrity Initiative Panel - Hinweisgeber - Strafrecht - Gesundheitswesen - Transparenz in den Medien - Sport - Transparenz in der Zivilgesellschaft - Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit | <ul style="list-style-type: none"> - Staatliche Entwicklungszusammenarbeit - Wissenschaft - Politische Bildung - Wissenschaftlicher Arbeitskreis |
| 03 Aus den Regionalgruppen | | 36 |
| <ul style="list-style-type: none"> - Baden-Württemberg - Berlin/Brandenburg - Bremen - Frankfurt/Rhein-Main - Hamburg/Schleswig-Holstein | <ul style="list-style-type: none"> - Metropolregion Nürnberg - München - Niedersachsen - Rheinland | <ul style="list-style-type: none"> - Ruhrgebiet-Westfalen - Sachsen - Thüringen/Sachsen-Anhalt |
| 04 Bericht des Beirats | | 44 |
| 05 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit | | 46 |
| 06 Finanzen und Mitglieder | | 48 |
| <ul style="list-style-type: none"> - Erträge - Aufwand - Rücklagen - Ergebnis - Gewinn- und Verlustrechnung | <ul style="list-style-type: none"> - Bilanz - Mitglieder und Förderer - Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich | <ul style="list-style-type: none"> - Einnahmen über 1.000 Euro - Korporative Mitglieder |
| 07 Transparency Deutschland Stiftung | | 58 |
| 08 Organisation | | 60 |
| <ul style="list-style-type: none"> - Vorstand - Beirat | <ul style="list-style-type: none"> - Ethikbeauftragter - Arbeitsgruppenleiter/-innen - Regionalgruppenleiter/-innen | <ul style="list-style-type: none"> - Sitzungen - Geschäftsstelle - Bibliothek |
| Impressum | | 65 |

VORWORT

Wahljahre sind für Transparency International Deutschland gute Jahre. Wir sind im Jahr 2013 bei einer Reihe von Themen, die Transparency seit Jahren voranbringen will, ein Stück weiter gekommen. Die Oppositionsparteien im Bundestag legten vor dem Ende der Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung vor. Im Koalitionsvertrag wurde hieraus nun ein Programmpunkt für die neue Legislaturperiode. Unsere Forderungen zu mehr Transparenz und Integrität im Bereich des Lobbyismus - zum Beispiel die Einführung einer Karenzzeit für den Wechsel aus führenden politischen Ämtern in die Privatwirtschaft - hat ebenfalls Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden.

Auch der Föderalismus und die Mehrzahl politischer Entscheidungsebenen in Deutschland waren für unsere Anliegen hilfreich. Durch seinen Vorstoß für die Schaffung eines Unternehmensstrafrechts hat der Justizminister von Nordrhein-Westfalen eine rechtsdogmatisch begründete Denkblockade beseitigt. Das Hamburger Transparenzgesetz macht Schule und findet in anderen Bundesländern Nachahmer. Das gleiche gilt für gesetzliche Regelungen zur Korruptionsprävention bei der öffentlichen Vergabe. Einige Bundesländer haben Korruptionsregister verbindlich eingeführt. Unzuverlässige Unternehmen können so für eine bestimmte Zeit von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.

Früchte getragen hat im Jahr 2013 auch unsere »Koalition gegen Korruption«, das heißt die Zusammenarbeit zu einzelnen Themen und Anlässen mit Bündnispartnern. Herausragende Beispiele hierfür sind die Verleihung des Whistleblower-Preises an Edward J. Snowden zusammen mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

(VDW e.V.) und der Deutschen Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), die gemeinsame Kampagne mit der Internationalen Handelskammer Deutschland (ICC Deutschland e.V.) für die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption sowie die Kooperation mit netzwerk recherche e.V. bei der Vorstellung der Studie »Gefallen an Gefälligkeiten: Korruption im Journalismus«.

Die Beispiele zeigen, dass unsere Ziele und Forderungen im Zentrum politischer Auseinandersetzungen angekommen sind. Sie zeigen aber auch, wie wichtig das Engagement in all unseren Arbeitseinheiten ist – den Regionalgruppen und den thematischen Arbeitsgruppen. Wir brauchen frühzeitig Ideen und umsetzungsfähige Konzepte, damit wir handlungsfähig und sprechbereit sind, sobald die politische Großwetterlage für Problemlösungen günstig ist. Der Jahresbericht ist daher nicht nur eine Erfolgsbilanz. Er ist auch eine Sammlung von Themen und künftiger Erfolge, die in den Gruppen diskutiert und vorbereitet werden.

Was wir erreicht haben und künftig erreichen werden, ist eine Gemeinschaftsleistung. Sie basiert auf dem ehrenamtlichen individuellen Engagement vieler – meiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Vorstand, der Mitglieder des Führungskreises sowie der Mitglieder in den Regional- und Arbeitsgruppen. Sie beruht auch auf der Unterstützung unserer nicht aktiven Mitglieder und all derer, die uns immer wieder mit ihren Spenden das Gefühl vermitteln, dass unsere Arbeit gebraucht und geschätzt wird. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich. In den Dank schließe ich die hilfreichen Geister in der Geschäftsstelle ein, ohne deren Arbeit auch das engagierteste Ehrenamt nicht wirklich erfolgreich sein kann.

Was ist Korruption?

Transparency Deutschland definiert Korruption als Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.

Im Jahr 2014 tritt Transparency in das dritte Jahrzehnt seines Bestehens ein. Die Probleme sind nicht kleiner geworden. Aber dennoch haben wir allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Prof. Dr. Edda Müller
Vorsitzende



01

DAS JAHR IM ÜBERBLICK

BILDER:
TRANSPARENCY INTERNATIONAL
UK DEFENCE AND SECURITY
PROGRAMME
LUCAS WIRL
GORDON WELTERS

JAN

10

Treffen der korporativen kommunalen Mitglieder

Erstmalig findet ein Treffen der korporativen kommunalen Mitglieder von Transparency Deutschland statt. Ziel des Erfahrungsaustausches ist es, kommunale Themen zu erörtern und die gegenseitige Unterstützung und Beratung zu fördern. Mit Potsdam, Bonn, Halle (Saale), Hilden und Leipzig hat Transparency Deutschland fünf korporative kommunale Mitglieder.

16

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen

Die Regionalgruppe Niedersachsen veröffentlicht die Antworten der Parteien auf ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen. Die Parteien hatten seit Anfang Dezember 2012 Gelegenheit, zu den Themen Ämterpatronage, Informationsfreiheit und Abgeordnetenbestechung Stellung zu beziehen. Niedersachsen verfügt als eines von fünf Bundesländern über kein Landesinformationsfreiheitsgesetz. Im Februar 2013 verankern Bündnis 90/Die Grünen und die SPD im niedersächsischen Koalitionsvertrag die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes, das sich am Hamburger Transparenzgesetz orientieren soll.

24

Projekt »Hochschulwatch. MachtWirtschaftUni« geht an den Start

Das Gemeinschaftsprojekt der tageszeitung (»taz«), Transparency Deutschland und des fzs freien Zusammenschluss von studentInnen-

schaften (fzs) sammelt Beispiele fragwürdiger Verbindungen von Wirtschaft und Wissenschaft. Das Internetportal hochschulwatch.de zeigt anhand einer Karte, wie viel Geld die Hochschulen im Jahr 2010 von der gewerblichen Wirtschaft für Forschungsprojekte bekommen haben. Jeder kann zudem Einträge über die Karte editieren und Informationen über Kooperationen zwischen einzelnen Hochschulen und Unternehmen einstellen.

24

Transparency International-Gründer Peter Eigen erhält Großes Bundesverdienstkreuz

Prof. Dr. Peter Eigen wird das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland als Anerkennung seiner Bemühungen im Kampf gegen Korruption auf globaler Ebene verliehen. Im Jahr 1993 gegründet, fällt die Auszeichnung in das Jahr des 20-jährigen Bestehens der Antikorruptionsorganisation.

25

Gastkommentar »Null Toleranz« von Huguette Labelle im Handelsblatt

Das Handelsblatt lässt Huguette Labelle, Vorsitzende von Transparency International, in einem Gastbeitrag zu Wort kommen. Sie unterstreicht die internationalen Fortschritte im Kampf gegen Korruption. Die Erfolge spiegeln sich vor allem in den zwei bedeutendsten Konventionen der OECD und der UN wieder. Huguette Labelle ruft die Bundesregierung auf, die UN-Konvention gegen Korruption endlich zu ratifizieren und damit ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Korruption zu stärken.



› TREFFEN DER KORPORATIVEN KOMMUNALEN MITGLIEDER IN DER GESCHÄFTSSTELLE

29

**Government Defence Anti-Corruption Index
erscheint erstmalig**

Der Government Defence Anti-Corruption Index stellt Deutschland ein vergleichsweise sehr gutes Zeugnis aus. Der Index wird vom Verteidigungs- und Sicherheitspolitischen Programm von Transparency International Großbritannien erstellt. Er misst, wie 82 Regierungen Korruption im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu unterbinden versuchen. Unter den Staaten mit schwacher Kontrolle befinden sich zwei Drittel der größten Waffenimporteure und die Hälfte der größten Waffenexporteure. Generell ist eine hohe Korruptionsanfälligkeit im Verteidigungssektor zu verzeichnen.

FEB

22

**Veranstaltung »Illegale Gelder und Vermögen
aus Krisen- und Entwicklungsländern«**

Die Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main lädt gemeinsam mit dem Society for International Development (SID) Chapter Frankfurt e.V. in Frankfurt am Main zur Veranstaltung »Illegale Gelder und Vermögen aus Krisen- und Entwicklungsländern – Vermögensrückführung zum Nutzen von Entwicklung« ein. Im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung stehen die Themen Korruption, Steuerhinterziehung, gestohlene Vermögen und Geldwäsche. Als Referenten sind Vertreter des Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und des Internationalen Zentrum für Vermögensrückführung (ICAR) in Basel zu Gast.

› GOVERNMENT DEFENCE ANTI-CORRUPTION INDEX



26

Tagung zum Hinweisgeberschutz in Berlin

Transparency Deutschland veranstaltet zusammen mit dem Land Baden-Württemberg einen »Erfahrungsaustausch der Vertrauensanwälte, Ombudsleute und Antikorruptionsbeauftragten des Bundes und der Länder« in Berlin. Zum zweiten Mal wird mit dieser Tagung die Möglichkeit geboten, sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern und dem Bund sowie mit externen Fachleuten auszutauschen.

MRZ

2

Prof. Dr. Edda Müller diskutiert mit Thüringer Justizminister über »Unternehmensverantwortung – heute«

Am Rande des Führungskreistreffens in Erfurt findet die gemeinsame Veranstaltung »Unternehmensverantwortung – heute« mit dem Förderkreis des Erinnerungsortes Topf & Söhne e.V. statt. Der Thüringer Justizminister Holger Poppenhäger plädiert in seiner Rede für die Einführung eines bundesweit gültigen Korruptionsregisters in der öffentlichen Auftragsvergabe. In der anschließenden Podiumsdiskussion weist Prof. Dr. Edda Müller außerdem auf den bestehenden Handlungsbedarf zum Schutz von Hinweisgebern hin.

11

Internationale Konferenz »Whistleblowing for Change« in Berlin

Transparency International veranstaltet in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin eine internationale Konferenz zum Thema »Whistleblowing for Change«. Expertinnen und Experten präsentieren ihre Aktivitäten zum Hinweisgeberschutz und diskutieren Möglichkeiten zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

15

PHOENIX Runde zum Thema Abgeordnetenbestechung

Prof. Dr. Edda Müller diskutiert mit Siegfried Kauder, damaliger Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags, Jörg van Essen, damaliger Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, und dem Journalist und Autoren Jürgen Roth unter dem Titel »Volksvertreter – Abgeordnete zwischen Versuchung und Korruption« über die ausstehende Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB). Deutschland gehört zu den wenigen Ländern weltweit, die die UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) noch nicht ratifiziert haben.

16

3.000 Fans bei Facebook



Transparency darf sich über 3.000 Fans seiner Facebook-Seite freuen. Zum Jahresende sind es immerhin schon 4.325 Personen – wir freuen uns über das Interesse!

22

Prof. Dr. Edda Müller trifft Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Die Vorsitzende und der Geschäftsführer sind zu Gast bei der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Gesprächsthemen sind die Einführung eines Transparenzgesetzes, die bestehende Verbändeliste in Rheinland-Pfalz, Nebeneinkünfte von Abgeordneten und Karenzzeiten.

27

Start des Projekts »Staying on side: How to Stop Match-Fixing«

Transparency International, die Deutsche Fußball Liga (DFL) und die Vereinigung Europäischer Fußball Profi-Ligen (EPFL) starten das Projekt »Staying on side: How to Stop Match-Fixing«. An dem 18-monatigen Projekt beteiligt sich auch Transparency Deutschland, wie bereits zuvor an einem Pilotprojekt gegen Spielmanipulation der DFL. Schwerpunkt des von der EU geförderten Projekts liegt auf den Themen Prävention und Sensibilisierung.

27

Checkliste für »Self-Audits« zur Korruptionsprävention in Kommunen

Transparency Deutschland veröffentlicht die Checkliste für »Self-Audits« zur Korruptionsprävention in Kommunen in neuer Auflage. Ziel der Checkliste ist es, Entscheidungsträger in Kommunen bei der Analyse und Vermeidung von möglichen Korruptionsrisiken zu unterstützen. Grundlage sind staatliche Antikorruptionsgesetze, Leitfäden und Richtlinien von Kommunen sowie Hinweise der Vereinigung der örtlichen Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen.

APR

5

Transparency und Human Rights Watch fordern ein Ende der Einschüchterung der Zivilgesellschaft in Russland

Seit Ende 2012 gilt in Russland ein Gesetz für Nichtregierungsorganisationen, das diese verpflichtet, sich als »ausländischer Agent« re-

gistrieren zu lassen, sofern sie Geld aus dem Ausland erhalten. Im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz werden Hunderte von zivilgesellschaftlichen Organisationen und politische Stiftungen in Russland überprüft und ihre Büros durchsucht. Im März war auch Transparency Russland von den Razzien der Behörden betroffen, obwohl das Büro erst Ende Februar 2013 einer planmäßigen Kontrolle unterzogen worden war, bei der keine illegalen Aktivitäten festgestellt wurden. Gegen die Aufforderung der Behörden, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen, hat das russische Chapter rechtliche Schritte eingeleitet.

8

Vorstellung der »Guidelines for Good Governance in Grassroots Sport«

Transparency Deutschland und die International Sport and Culture Association (ISCA) stellen die gemeinsame Publikation »Guidelines for Good Governance in Grassroots Sport« vor. Das Handbuch richtet sich an Personen in Leitungsebenen von Breitensport-Organisationen – vom Verein bis zum nationalen Verband – und hat zum Ziel, ein besseres Verständnis von »Good Governance« in ihren Organisationen zu fördern sowie dessen nachhaltige Umsetzung zu begünstigen. Das Projekt wurde von der Generaldirektion Bildung und Kultur der EU-Kommission finanziell unterstützt.

11

Anhörung im Ältestenrat des Hessischen Landtags zum Thema »Transparenz bei Lobbyismus«

Jochen Bäumel, damaliges Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, nimmt an einer Anhörung im Ältestenrat des Hessischen Landtags zum Thema »Transparenz bei Lobbyismus« auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teil. Transparency Deutschland fordert unter anderem die Einführung eines Lobbyregisters und eines »legislativen Fußabdrucks«, womit Einflüsse von Externen auf Gesetze sichtbar werden. Erforderlich ist die Verknüpfung des Registers mit einem Verhaltenskodex und die Etablierung eines Landesbeauftragten für Transparenz.

18

Bündnis »NRW blickt durch« fordert Transparenzgesetz für Nordrhein-Westfalen (NRW)

Das Bündnis »NRW blickt durch« aus Transparency Deutschland, dem Bund der Steuerzahler und Mehr Demokratie fordert ein Transparenzgesetz, das die Verwaltung verpflichtet, klar definierte Informationen zur Verfügung zu stellen. Vorbild ist die Stadt Hamburg, in der seit Ok-



› CHECKLISTE FÜR »SELF-AUDITS« ZUR KORRUPTIONSPRÄVENTION IN KOMMUNEN

tober 2012 ein entsprechendes Gesetz gilt. Die Open Government-Strategie der Landesregierung geht dem Bündnis nicht weit genug, da sie nur für die Landesverwaltung gelten soll. Ende Mai schließen sich auch der Chaos Computer Club (CCC), die Digitale Gesellschaft und das Whistleblower-Netzwerk als Unterstützer der Initiative an.

19

Forum korporativer Mitglieder in Berlin

In diesem Jahr tagt das Forum der korporativen Mitglieder von Transparency Deutschland bei der GIZ in Berlin. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem das Thema »Compliance und Hospitality im Sport«, die deutsche Follow-Up-Prüfung durch die OECD Working Group on Bribery in International Business und die Studie »Nachhaltigkeitsberichte deutscher Großunternehmen – Untersuchung der Übereinstimmung mit den GRI-Richtlinien im Bereich der Antikorruption«, die Transparency Deutschland im November 2012 veröffentlicht hat.

23

Transparency Deutschland, Attac und das Netzwerk Steuergerechtigkeit fordern Ende anonymer Briefkastenfirmen

Anlässlich der Verhandlungen über die 4. Revision der EU-Anti-Geldwäsche-Richtlinie fordern Transparency Deutschland, Attac und das Netzwerk Steuergerechtigkeit die verpflichtende Offenlegung der wahren Eigentümer (»beneficial owner«) von Firmen in Unternehmensregistern und eine strafrechtliche Verfolgung bei Falschinformation. Die EU-Kommission hatte einen Vorschlag vorgelegt, wonach es künftig dem Vor-

stand von Briefkastenfirmen und Treuhändern von Trusts überlassen bleibt, deren Eigentümer zu identifizieren.

24
Transparency und CBG fordern Offenlegung des Vertrags mit Uni Köln

Im Vorfeld der Bayer-Hauptversammlung fordern Transparency und der Coordination gegen Bayer Gefahren (CBG) e.V. die Universität Köln und die Bayer HealthCare AG erneut auf, ihren Kooperationsvertrag offenzulegen. Die Klage des CBG auf Akteneinsicht wurde im Dezember 2012 mit der Begründung abgelehnt, das Informationsfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen gelte nicht für den Bereich der Forschung. Transparency Deutschland unterstützte die von CBG eingelegte Berufungsklage mit einem finanziellen Beitrag von 500 Euro.

MAI

8
Beiratssitzung in Berlin

Der Beirat von Transparency Deutschland kommt zu seinem Treffen beim Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Themen Transparenz in Wissenschaft und Forschung, Rohstofftransparenz und Korruption im Medienbereich. Das Beiratsmitglied Prof. Dr. Philip Manow, Universität Bremen, referiert zum Zusammenhang zwischen Korruption und der Finanzmarktkrise. Der Beirat hat derzeit 17 Mitglieder unter Vorsitz von Barbara Stolterfoht.

13
Transparency bei Sachverständigen-Anhörung im Gesundheitsausschuss

Dr. Wolfgang Wodarg, Vorstandsmitglied, vertritt Transparency Deutschland bei einer öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften. Transparency Deutschland schlägt vor, Vertragsärzte, nicht-öffentlich angestellte Ärzte und andere Leistungserbringer in der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Verpflichtungsgesetz zu verpflichten und sie damit Amtsträgern gleichzustellen. Darüber hinaus fordert Transparency, Anwendungsbeobachtungen zu verbieten.

14
Stellungnahme zur Novellierung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Transparency Deutschland nimmt im Mai schriftlich und im November mündlich im Rahmen einer Anhörung Stellung zur Novellierung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen. Der Landtag verabschiedet am 19. Dezember nach Beratung im Innenausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition den Entwurf der Landesregierung als Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze. Statt die Chance zu nutzen, das Gesetz den heutigen Standards der Korruptionsprävention anzupassen, enthält die novellierte Fassung lediglich redaktionelle Veränderungen.

20
Pressespiegel-Jubiläum: 10.000ster Beitrag online

Der Pressespiegel erscheint zweimal wöchentlich und die Beiträge werden auf der Webseite veröffentlicht. Mit dem Pressespiegel beobachtet Transparency die Berichterstattung der nationalen Presse zum Thema Korruption. Mitglieder haben die Möglichkeit, den Pressespiegel per E-Mail zu abonnieren.

31
Jubiläumsausgabe des Scheinwerfer »20 Jahre Transparency International Deutschland«

Mit der 59. Ausgabe des Scheinwerfer zum Thema »20 Jahre Transparency International Deutschland« blickt Transparency auf zwei Jahrzehnte im Kampf gegen Korruption zurück, zieht Bilanz und nimmt neue Perspektiven der Korruptionsbekämpfung in den Fokus. Wie immer enthält der Scheinwerfer neben zahlreichen Schwerpunktartikeln eine Vielzahl von spannenden Nachrichten, vereinsinternen Berichten und interessante Buchrezensionen. Transparency-Mitglieder erhalten den Scheinwerfer in gedruckter Form.

> NRW BLICKT DURCH



JUN

6 - 7

Treffen der europäischen und zentralasiatischen Chapter in Lissabon/Portugal

115 Teilnehmende aus 47 Ländern, dem Internationalen Sekretariat und aus Wissenschaft und Praxis trugen zu einem gelungenen Treffen bei. Wie in jedem Jahr ist das Angebot an Vorträgen, Workshops und Diskussionen sehr breit.

7

Dokumentation der Konferenz zur Strafverfolgung der Korruption 2012 erscheint

Bereits zum fünften Mal fand die Kooperationsveranstaltung von Friedrich-Ebert-Stiftung und Transparency Deutschland am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin statt. Die Konferenz widmete sich dem Thema »Korruptionsbekämpfung und Unternehmensstrafrecht« und blickte darüber hinaus auf die Internationalisierung der Strafverfolgung. Die Publikation dokumentiert viele Vorträge der Konferenz, unter anderem von Thomas Kutschaty, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und France Chain, Anti-Corruption Division der OECD.

10

Treffen mit Dr. Michael Vesper vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB)

Transparency-Vertreterinnen und -Vertreter kommen mit dem Generalsekretär des DOSB Dr. Michael Vesper und weiteren DOSB-Repräsentantinnen und -Repräsentanten zusammen. Themen sind die von Transparency vorgestellten »Grundsätze einer transparenten Olympiabewerbung« und die allgemeine Verankerung von Korruptionsprävention, Transparenz und Nachhaltigkeit in der Arbeit des DOSB.

12

EU-Parlament entscheidet über Richtlinie für mehr Transparenz im Rohstoffsektor

In einer gemeinsamen Pressemitteilung begrüßen die Organisationen Brot für die Welt, Misereor, ONE und Transparency Deutschland die Entscheidung des EU-Parlaments über die Richtlinienvorschläge der EU-Kommission für mehr Transparenz im Rohstoffsektor und fordern eine zügige Umsetzung in deutsches Recht. Den neuen Regelungen zufolge sind große Unternehmen im Öl-, Gas- und Bergbausektor sowie in der Forstwirtschaft verpflichtet, ihre Zahlungen wie Steuern und Konzessionen an Regierungen offenzulegen. Aufgrund der be-

Scheinwerfer

Themenschwerpunkt: 20 Jahre Transparency International Deutschland



Transparency-Gründer Peter Eigen:
„Wir sind auf dem richtigen Weg“

Schlaglichter aus
20 Jahren Transparency

Transparency Russland:
Anspruchsvolle Mission

..... 5 6 22

> COVER DER SCHEINWERFER-AUSGABE ZUM 20-JÄHRIGEN JUBILÄUM VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND

> DAS JAHRESTREFFEN DER SCHEINWERFER-REDAKTION IN BERLIN



sonderen Korruptionsanfälligkeit dieses Sektors werden die Zahlungen nicht nur nach Ländern, sondern auch nach einzelnen Projekten veröffentlicht.

15 Mitgliederversammlung und Wahlen des Vorstands

Bei der jährlichen Mitgliederversammlung beschließt Transparency die Forderung an die Bundesregierung, dass alle Entscheidungen der EU-Troika mit einer schriftlichen Begründung versehen und veröffentlicht werden sollen. Prof. Dr. Edda Müller wird als Vorsitzende wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wird Dr. Hedda von Wedel wiedergewählt. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten. Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums von Transparency International und des deutschen Chapters fand am Vorabend der Versammlung eine Diskussionsveranstaltung mit Empfang statt.

20 Transparency veröffentlicht Resultate zur IFG-Anfrage zur Bevorratung des Grippe-medikaments Tamiflu®

Transparency Deutschland hatte im Februar 2013 Auskünfte nach dem IFG zur Bevorratung des Grippemedikaments Tamiflu® von den zuständigen Gesundheitsbehörden verlangt. Die erbetenen Auskünfte wurden weitgehend erteilt; die Kaufverträge mit der Herstellerfirma Roche Pharma AG wurden nur in drei Fällen herausgegeben. Es gab länderspezifische Unterschiede bei Einkauf und Verwendung. Alle Ministerien haben erklärt, dass sie im Jahre 2013 keine weiteren Tamiflu®-Einkäufe tätigen werden. Trans-

parency verfolgt die IFG-Anträge bei den Ministerien weiter.

26 Gesetzentwurf zur Einführung eines bundesweiten Korruptionsregisters scheitert

Auch in der 17. Legislaturperiode ist es wieder nicht gelungen, ein bundesweites Korruptionsregister über unzuverlässige Unternehmen zur Korruptionsprävention im Vergabewesen zu etablieren. Und das, obwohl die Expertenanhörung unter Beteiligung von Transparency Deutschland gezeigt hat, dass ein gesellschaftlicher Konsens darin besteht, dass dieses Instrument einen effektiven Beitrag zur Korruptionsprävention im Bereich der Vergabe öffentlicher und steuerfinanzierter Aufträge leisten würde. Die Mehrheitsfraktionen lehnen eine abschließende Beratung des Gesetzentwurfs von Bündnis 90/ Die Grünen im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie ab. Laut dem Entwurf sollen Unternehmen, die unter anderem wegen Korruptionsstraftaten verurteilt worden sind oder gegen die ein hinreichender Korruptionsverdacht besteht, für bis zu fünf Jahre in einem Korruptionsregister geführt werden.

26 Veranstaltung »Kampf gegen Korruption in Hamburg« der Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein

Gerd Leilich, Leiter der Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein, und Joachim Schwanke, Leiter des Dezernats Interne Ermittlung (D.I.E.) der Hamburger Polizei, referieren zum Thema »Korruption in Hamburg«. Die Vorträge und die anschließende Diskussion befassen sich mit dem Phänomen der Korruption und deren Bekämpfung im öffentlichen Dienst in Hamburg. Darüber hinaus werden die Arbeit von Transparency Deutschland und dem D.I.E. in diesem Bereich vorgestellt sowie Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, zur Korruptionsprävention beizutragen, aufgezeigt.

27 Trauerspiel: Letzte Chance für Abstimmung über Abgeordnetenbestechung verpasst

Nachdem die Regierungsfaktionen den SPD-Gesetzentwurf zur Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung bereits im März 2012 in einer Plenardebatte zurückgewiesen hatten, erzwingt die SPD eine namentliche Abstimmung. Die Abgeordneten der Regierungskoalition stimmen gegen den Entwurf, DIE LINKE enthält sich. Somit bleibt der Weg zur Ratifizierung der UNCAC weiter versperrt. Transparency hat die Blockadehaltung der Regierungsfaktionen im Rechtsausschuss immer wieder kritisiert.

› DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ANLÄSSLICH DES 20-JÄHRIGEN JUBILÄUMS, VON LINKS: DAVID CRAWFORD, WALL STREET JOURNAL, PROF. DR. PETER EIGEN, GRÜNDER VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL, PROF. DR. HANS-PETER LÜHR, EHEM. VORSITZENDER VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND, UND PROF. DR. EDDA MÜLLER



JUL

9

Globales Korruptionsbarometer 2013 wird veröffentlicht

Laut dem Globalen Korruptionsbarometer 2013 werden Medien in Deutschland erstmals als korrupter wahrgenommen als Öffentliche Verwaltung und Parlament. Die Bevölkerungsumfrage in 107 Ländern untersucht, wie korrupt einzelne Sektoren wahrgenommen werden. In Deutschland schneiden Justiz, Polizei, aber auch das Bildungswesen besonders gut ab. Spitzenreiter - im negativen Sinne - sind die politischen Parteien und die Privatwirtschaft. Auch weltweit werden die politischen Parteien am häufigsten als die korruptesten Institutionen wahrgenommen.

16

Vorstellung der Kurzstudie »Gefallen an Gefälligkeiten« zu Journalismus und Korruption

Transparency Deutschland stellt in Kooperation mit dem Journalistenverbund netzwerk recherche, dem Institut für Journalistik der TU Dortmund und der Otto-Brenner-Stiftung die Kurzstudie »Gefallen an Gefälligkeiten: Journalismus und Korruption« vor. Im Rahmen der Publikation kommt eine Befragung von Medienhäusern zu dem Schluss, dass ihr Interesse an dem Thema Korruptionsbekämpfung bisher gering ist. Die Studie zeigt, dass die Antikorruptionsbemühungen von Verlagen und Rundfunkanstalten gestärkt werden müssen.

31

Deutschland lässt Berichtsfrist an Europarat zur Verschärfung der Parteienfinanzierung und der Abgeordnetenbestechung zum dritten Mal verstreichen

Deutschland hat die Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates zur Verschärfung der Parteienfinanzierung und der Abgeordnetenbestechung zum dritten Mal nicht fristgerecht umgesetzt. Nachdem Deutschland bereits im Juni 2011 und 2012 über die Fortschritte zur Umsetzung berichten musste, läuft erneut eine Berichtsfrist aus, ohne dass Fortschritte vorgewiesen werden können. Neben der Forderung nach einer Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung mahnt der Europarat vor allem mehr Transparenz im Bereich der Parteienfinanzierung an.



> VORSTELLUNG DER KURZSTUDIE »GEFALLEN AN GEFÄLLIGKEITEN« ZU JOURNALISMUS UND KORRUPTION, VON LINKS: GÜNTER BARTSCH, GESCHÄFTSFÜHRER VON NETZWERK RECHERCHE E.V., PROF. DR. DR. JÜRGEN W. MARTEN, DR. CHRISTIAN HUMBORG, GESCHÄFTSFÜHRER VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

AUG

3

Transparency Deutschland stellt Studie zu Transparenzmängeln und Kontrolldefiziten im Bereich Pflege und Betreuung vor

Die Schwachstellen-Analyse stellt erhebliche Mängel im Pflegebereich fest. Zu wenig Transparenz und Kontrollmöglichkeiten für die Betroffenen eröffnen viele Möglichkeiten, die Abhängigkeit von Menschen mit Pflegebedarf wirtschaftlich auszunutzen. Transparency fordert unter anderem Mitbestimmungsrechte der Heimbewohner und Angehörigen, Ergebnisse der Pflegegutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für Betroffene einsehbar zu machen und Transparenzberichte über die Pflegeheime auf einer deutschlandweit einheitlichen Webseite zu veröffentlichen. Außerdem müssen die Aufsicht und Kontrolle im Bereich der rechtlichen Betreuung erheblich gestärkt werden.

6

Mord an Mitarbeiter von Transparency International Ruanda

Es wird bekannt, dass Gustave Sharangabo Makonene, Mitarbeiter von Transparency International Ruanda, im Juli im Alter von 33 Jahren ermordet wurde. Er trat Transparency International Ruanda im Jahr 2011 bei und wurde Koordinator des Advocacy and Legal Advice Centre in Rubavu. Dort war er bis zu seinem Tod beschäftigt und half Menschen, die mit Korruption in ihrem Leben



> VORSTELLUNG DER STUDIE ZU TRANSPARENZMÄNGELN UND KONTROLLDEFIZITEN IM BEREICH PFLEGE UND BETREUUNG, VON LINKS: BERTRAM ABEL, MITGLIED DER PROJEKTGRUPPE PFLEGE, DR. ANKE MARTINY, AUTORIN DER STUDIE, BARBARA STOLTERFOHT, AUTORIN DER STUDIE UND LEITERIN DER PROJEKTGRUPPE PFLEGE, BRIGITTE BÜHRLLEN, MITGLIED DER PROJEKTGRUPPE PFLEGE

konfrontiert wurden. Transparency International trauert und fordert eine umfassende Untersuchung der brutalen Tat.

23 Integritätsradar zur Bundestagswahl 2013

Einen Monat vor der Bundestagswahl stellt Transparency Deutschland die Parteien auf den Prüfstand: Der Bericht »Integritätsradar zur Bundestagswahl 2013« umfasst eine Analyse zu Initiativen der 17. Legislaturperiode und der Wahlprogramme im Bereich der Korruptionsbekämpfung. In der letzten Legislaturperiode haben die Oppositionsfraktionen zahlreiche Initiativen zur Korruptionsbekämpfung eingebracht, die jedoch von den Regierungsfractionen abgelehnt oder blockiert wurden. In deren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl klang das Thema Korruptionsbekämpfung entsprechend selten an. Auch die Regionalgruppe Sachsen hatte Wahlprüfsteine an die Spitzenkandidaten der Parteien in Sachsen zur Bundestagswahl versandt.

30 Verleihung des Whistleblower-Preises 2013

Diesjähriger Preisträger des Whistleblower-Preises ist Edward J. Snowden. Bei einer Festveranstaltung zu seinen Ehren in Berlin verleihen ihm die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.), die Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA) und Transparency Deutschland gemeinsam den Preis. Mit dem Whistleblower-Preis werden Personen ausgezeichnet, die im öffentlichen Interesse schwerwiegende Missstände und gefährliche Entwicklungen für Mensch und Gesellschaft,

Demokratie, Frieden und Umwelt aufdecken. Der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele überreicht Edward J. Snowden den Whistleblowerpreis am 1. November bei seinem Besuch in Moskau.

SEP

6 Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Bayern

Im Vorfeld der Landtagswahl hatten die Regionalgruppen München und Metropolregion Nürnberg Wahlprüfsteine versendet, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich zu Themen der Korruptionsbekämpfung und zur »Verwandtenaffäre« zu äußern. Transparency hatte nach Bekanntwerden der »Verwandtenaffäre« im Mai kritisiert, dass unzureichende Konsequenzen aus bayerischer Vetterwirtschaft gezogen wurden. Bemerkenswert ist, dass alle befragten Parteien in Bayern eine Novellierung des § 108e StGB zum Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung und die Ratifizierung der UNCAC befürworten. Für die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes in Bayern sprechen sich außer der CSU alle Parteien aus.

25 Gemeinsamer Aufruf mit der Internationalen Handelskammer Deutschland (ICC Deutschland e.V.) zur Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung

Transparency Deutschland und ICC Deutschland e.V. rufen mit Beginn der 18. Legislaturperiode die Mitglieder des Deutschen Bundestags auf, zügig den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung zu verschärfen und damit den Weg für die Ratifizierung der UNCAC frei zu machen. 168 Staaten haben das Übereinkommen ratifiziert, die Bundesrepublik Deutschland hingegen noch nicht, obwohl die damalige Regierung die Konvention vor zehn Jahren unterzeichnet hat.

OKT

1 Globaler Korruptionsbericht zum Schwerpunktthema »Bildungswesen« erscheint

Bei einer Pressekonferenz in Berlin wird der Globale Korruptionsbericht zum Schwerpunktthema »Bildungswesen« vorgestellt. Er kommt zu dem

Schluss, dass das Bildungswesen vor allem in den Ländern korruptionsanfällig ist, in denen der Rechtsstaat sowie Transparenz- und Rechenschaftsmechanismen schwach ausgebildet sind. Das deutsche Bildungswesen gilt als wenig korruptionsanfällig, doch besteht nach den Plagiatsfällen prominenter Persönlichkeiten Handlungsbedarf. Klare Regeln für die Kooperation von Unternehmen und Wissenschaft sowie Verhaltenskodizes und rechtliche Rahmenbedingungen fördern die Integrität von Wissenschaft und Forschung.

7
Transparency twittert zum 2.000 Mal 

Der 2.000ste Tweet ist eine Schlagzeile zur Verurteilung des ehemaligen griechischen Verteidigungsministers Apostolos-Athanasios Tsochatzopoulos, der wegen Geldwäsche und Bestechlichkeit zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Zum Jahresende 2013 hat Transparency Deutschland 4.829 Follower bei Twitter.

8
Transparency International stellt Bericht »Exporting Corruption« vor

Der Bericht zum Stand der Strafverfolgung der Auslandsbestechung von Amtsträgern im Geschäftsverkehr in OECD-Ländern bescheinigt Deutschland neben Großbritannien, der Schweiz und den USA eine aktive Verfolgung der Auslandsbestechung. Untersuchungen zeigen allerdings, dass die Bereitschaft deutscher Unternehmen, im Ausland zu bestechen, in den letzten Jahren nicht zurückgegangen ist. Transparency fordert ein Unternehmensstrafrecht und einen verbesserten Hinweisgeberschutz, um hier besser zu werden.

24
Gesellschafter stellen Ethik-Code für Münchens Olympiabewerbung 2022 vor

Die Gesellschafter von DOSB, der Landeshauptstadt München, dem Freistaat Bayern, der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land stellen einen Ethik-Code für eine mögliche Olympiabewerbung 2022 vor. In den sogenannten »Richtlinien der Bewerbungsgesellschaft« wird festgehalten, dass die Mitglieder der Gremien sowie die Geschäftsführer und Führungskräfte der Bewerbungsgesellschaft alle »materiellen und nicht-materiellen Interessen« in einem »öffentlich zugänglichen Interessenregister« offen legen sollen, die auf Grund der Aufgabe der Bewerbungs-GmbH zu einem Interessenkonflikt führen oder als solcher wahrgenommen werden könnten. Der Ethik-Code wurde in Zusammenarbeit mit Transparency Deutschland erstellt.



› VERLEIHUNG DES WHISTLEBLOWER-PREISES 2013, VON LINKS: OTTO JÄCKEL, VORSITZENDER VON IALANA, PROF. DR. EDDA MÜLLER, PROF. DR. ULRICH BARTOSCH, VORSITZENDER DES VDW E.V.

26
Einführungsseminar in Ulm

Durch Seminarangebote lernen Mitglieder und Interessierte die Organisation kennen und sich in der Vereinsarbeit ehrenamtlich zu engagieren. Die Einführungsseminare eröffnen Wege zur aktiven Mitarbeit und bieten Gelegenheit zum Kennenlernen. Beim Seminar in Ulm stellt Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild die Aktivitäten von Transparency in Sachen Korruptionsprävention in Unternehmen und in der Finanzwelt vor. Neben Ulm finden Seminare in Berlin und Bottrop statt.

NOV

5
Transparency-Bericht vergleicht Regelungen zum Whistleblowerschutz in den EU-Mitgliedstaaten

Transparency Deutschland stellt den EU-Whistleblowerbericht vor, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für Whistleblower in 27 EU-Mitgliedstaaten beurteilt. In Deutschland und weiteren 15 Ländern gibt es nur einen eingeschränkten Schutz. Transparency fordert die Bundesregierung auf, Handlungssicherheit für Whistleblower zu schaffen. Ein guter Whistleblowerschutz muss in jedem Fall zwei Prinzipien erfüllen: Zum einen muss ein Arbeitnehmer ohne Angst gegenüber dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten Missstände vorbringen können, zum anderen muss die Möglichkeit bestehen, Stellen außerhalb des Unternehmens



> EINFÜHRUNGSSEMINAR IN ULM

anzusprechen, wenn dem Hinweis nicht nachgegangen wird.

7
Prof. Dr. Edda Müller bei Beckmann

In der Sendung Beckmann fordert Prof. Dr. Edda Müller einen besseren Schutz für Whistleblower und diskutiert mit dem Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Fritz Pleitgen, ehemaliger WDR-Intendant, Julian Reichelt, Auslandsreporter der »Bild«, und der US-Journalistin Melinda Crane, den NSA-Skandal und die Folgen für Edward J. Snowden, den diesjährigen Preisträger des Whistleblower-Preises.

8
Transparency-Konferenz und Verleihung der Integrity Awards

Um die Gründung von Transparency International im Jahr 1993 zu feiern, veranstaltet Transparency International die Konferenz »On Transparency« im Café Moskau in Berlin. Nach einem Rückblick des Transparency-Gründers Prof. Dr. Peter Eigen und der Vorsitzenden Huguette Labelle auf die ersten zwanzig Transparency-Jahre, gratuliert der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan und würdigt die weltweiten Leistungen von Transparency International in einer Videobotschaft. Auch Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker und der Vizepräsident der Weltbank Leonard McCarthy sind zu Gast. Am Abend werden die Integrity Awards an die Journalisten Luo Changping aus China und Rafael Marques de Morais aus Angola verliehen.

11
Transparency International verabschiedet Resolution zum Schutz von Whistleblowern und zur Kontrolle von Geheimdiensten

Transparency International beschließt auf seiner Internationalen Mitgliederversammlung in Berlin eine Resolution zum Schutz von Whistleblowern und zur Kontrolle von Geheimdiensten. Die Resolution unterstreicht die wichtige Rolle von Whistleblowern im Kampf gegen Korruption. Außerdem wird die Notwendigkeit, eine grundlegende Kontrolle von Geheimdiensten, die auf demokratischen Prinzipien und guter Regierungsführung aufbaut, betont. Die Resolution wird vom deutschen, irischen und US-amerikanischen Chapter eingebracht. Die Koordinierung der Zusammenarbeit der europäischen Chapter soll ausgebaut werden.

29
Veranstaltung »Demokratie oder Lobbykratie?« der Regionalgruppe Bremen

Engagiert diskutieren Sven Giegold, Europaabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen, Tobias Kempermann, Leiter der Berliner Konzernvertretung des

> PRESSEKONFERENZ ZUM EU-WHISTLEBLOWERBERICHT, VON LINKS: PROF. DR. EDDA MÜLLER, DR. RAINER FRANK, LEITER DER ARBEITSGRUPPE HINWEISGEBER, DR. CHRISTIAN HUMBORG



Energieversorger EWE und Arno Gottschalk von der Bremer Verbraucherzentrale unter Moderation von Ricarda Bauch, Referentin der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland, die Bedingungen für guten und schlechten Lobbyismus. Darüber hinaus wird der Wechsel von Politikern in die Wirtschaft, aber auch der Wechsel aus Verwaltung und Wissenschaft, thematisiert. Als Problem wird das Ungleichgewicht aufgrund sehr unterschiedlicher Kräfteverhältnisse gesehen. Bei über 70 Gästen freut sich die Regionalgruppe über das große Interesse an der Veranstaltung.

DEZ

3

Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsindex 2013

Im diesjährigen Korruptionswahrnehmungsindex belegt Deutschland den 12. von 177 Plätzen. Transparency Deutschland nimmt dies zum Anlass, eine Integritätsoffensive der Politik zu fordern. Dazu gehören die Einführung eines Lobbychecks und -registers, Regelungen zur Vermeidung von Drehtüreffekten und Maßnahmen zur besseren Regulierung der Parteienfinanzierung. Der Index setzt sich aus verschiedenen Expertenbefragungen zusammen und misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption.

9

Lunch Talk mit dem Deutschen Global Compact Netzwerk in Berlin

Am internationalen Antikorruptionstag veranstalten Transparency Deutschland und das Deutsche Global Compact Netzwerk einen Lunch Talk zum zehnjährigen Jubiläum der Verabschiedung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC). Es wird diskutiert, woran die Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung in Deutschland scheitert und welche Folgen sich aus der Ratifizierung ergeben. Referentinnen und Referenten sind Candice Welsch vom United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), Angelika Pohlenz, damaliger Generalsekretär von ICC Deutschland e.V., Holger Lösch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI e.V. und Prof. Dr. Edda Müller.

18

Prof. Dr. Edda Müller trifft den Vizepräsident des EU-Parlaments

Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, ist in der Geschäftsstelle von Trans-

parency Deutschland zu Gast, um mit der Vorsitzenden über das EU-Lobbyregister und das Thema Transparenz im Allgemeinen zu sprechen.

19

Anne Frank Zentrum wird 500. Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Die von der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland ins Leben gerufene Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) feiert mit dem Anne Frank Zentrum in Berlin den 500. Unterzeichner. Seit der Gründung der ITZ im Jahr 2010 vermerkt die Initiative einen stetigen Zuwachs. Sie etabliert sich kontinuierlich als Mindeststandard für Transparenz, der von allen Vereinen und Stiftungen in Deutschland erfüllt werden kann. Die Initiative richtet sich bundes- und branchenweit an alle Organisationen jedweder Größe.

› DIE PREISTRÄGER DER INTEGRITY AWARDS: LUO CHANGPING UND RAFAEL MARQUES DE MORAIS



DER NEUE VORSTAND STELLT SICH VOR



Prof. Dr. Edda Müller
(Vorsitzende)

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Internationale Vereinbarungen und Wissenschaft
- Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt



Dr. Hedda von Wedel
(stellvertretende Vorsitzende)

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung
- Regionalgruppe Baden-Württemberg



Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten
(stellvertretender Vorsitzender)

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Informationsfreiheit, Strafrecht und Transparenz in den Medien
- Regionalgruppe Sachsen
- Wissenschaftlicher Arbeitskreis



Peter Conze

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Sport und Transparenz in der Zivilgesellschaft
- Regionalgruppe Niedersachsen



Gabriele C. Klug

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Staatliche und Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit
- Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main



Dr. Christian Lantermann

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppe Vergabe
- Regionalgruppe Ruhrgebiet-Westfalen



Dr. Anke Martiny

Vorstandsverantwortung:

- Scheinwerfer
- Regionalgruppe München



Dr. Andreas Novak

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Hinweisgeber und Wirtschaft
- Regionalgruppe Bremen



Dr. Gisela Rüß

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Integritätspakt und Kommunen
- Regionalgruppe Berlin/Brandenburg



Marion Stein

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppen Politik und Politische Bildung
- Regionalgruppe Rheinland



Caspar von Hauenschild

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppe Finanzmarkt
- Regionalgruppe Metropolregion Nürnberg



Dr. Wolfgang Wodarg

Vorstandsverantwortung:

- Arbeitsgruppe Gesundheitswesen
- Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein

BILDER: DANETZKI, VON WEDEL, C. DÜMCKE, KLAUS VON MITZLAFF, KLUG, LANTERMANN, DIRK BLEICKER, STEFANIE HERBST, RÜß, STEIN, VON HAUENSCHILD, WODARG

02

ARBEITSGRUPPEN
UND PROJEKTE**Politik**

POLITIK:
DR. MICHAEL KOSS

Der größte Erfolg der Arbeitsgruppe lag 2013 sicherlich darin, dass die Veröffentlichungspflichten für Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten verschärft wurden. Die verabschiedete Verpflichtung, Nebentätigkeiten in zehn Stufen zu veröffentlichen, ist noch nicht ideal (insbesondere was die Auskunftspflicht von Rechtsanwälten anbelangt), stellt aber einen wichtigen Schritt dar. Die Arbeitsgruppe hat auch im Rahmen der Landesgesetzgebung in diesem Bereich Einfluss genommen: In einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf von CDU und SPD zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes bemängelte Transparency Deutschland die Erlaubnis zur Entgegennahme von Spenden für einzelne Abgeordnete, forderte eine betragsgenaue Veröffentlichung der Nebentätigkeiten und empfahl eine genauere Bestimmung der Geschenkeregeln in den Verhaltensregeln. Zuvor hatte die Arbeitsgruppe bereits beim schriftlichen Anhörungsverfahren des Justiz- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Stellung genommen.

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe damit begonnen, ein Positionspapier zu Nebentätigkeiten auf der kommunalen Ebene zu erstellen. Ebenso wie auf Bundes- und Landesebene beziehen Mandatsträger in Kommunen oftmals erhebliche Einkommen, die es offenzulegen gilt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten der Arbeitsgruppe lag 2013 auf der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC). Hier gelang es auch mit vereinten Kräften mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht, die Bundestagsabgeordneten dazu zu bewegen, eine Novellierung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung vor der

Bundestagswahl umzusetzen. Die Arbeitsgruppe hat sich gezielt an einzelne Abgeordnete gewendet und auch Kontakte zu Parteien geknüpft und intensiviert, die einer Verschärfung skeptisch gegenüberstehen. Dass das Thema im Koalitionsvertrag mit der Ankündigung, den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung neu regeln zu wollen, erwähnt wurde, gibt Anlass zur Hoffnung.

Zum Thema »Transparenz bei Lobbyismus« hat sich die Arbeitsgruppe an einer Anhörung im Ältestenrat des Hessischen Landtags auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beteiligt und die Einführung eines Lobbyregisters und einer »legislativen Fußspur« gefordert. Gemeinsam mit LobbyControl hat Transparency Deutschland im März das Papier »Regulierung und Transparenz von Einflussnahme und Lobbyismus« veröffentlicht.

Ohne konkrete Ergebnisse blieben die Bemühungen der Arbeitsgruppe, eine Verbesserung der Regeln der Parteienfinanzierung zu erreichen. Die auch von der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats monierten Schlupflöcher, insbesondere im Bereich des Parteiensponsoring, bestehen fort. In der letzten Legislaturperiode hat neben Bündnis 90/Die Grünen auch die jetzt regierende SPD Reformvorschläge unterbreitet, die einige der Forderungen von Transparency aufgreifen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Sponsoring und Obergrenzen für Großspenden. Die Arbeitsgruppe wird sich dafür einsetzen, dass diese Vorschläge nicht in Vergessenheit geraten.

BILD:
TSCHOOF
FLICKR.COM



Bundes- und Landesverwaltung

BUNDES- UND LANDES-
VERWALTUNG:
DR. GISELA RÜSS

INFORMATIONSFREIHEIT:
DIETER HÜSGEN
DR. HEIKE MAYER

Bis 2009 war die öffentliche Verwaltung der Hauptzielbereich von Korruption im »Bundeslagebild Korruption« des Bundeskriminalamts. Danach übernahm die private Wirtschaft den Spitzenplatz, aber nicht weil Korruption in der Verwaltung zurückgegangen war. In der Privatwirtschaft wird zunehmend mit größerer Aufklärungsbereitschaft an die Probleme herangegangen und nicht mehr in gleichem Maße versucht, entsprechende Vorkommnisse unter den Teppich zu kehren. Die aktuellen Zahlen sehen wieder die Verwaltung vorn und dokumentieren so, dass Korruption in der Verwaltung nach wie vor ein konkretes Problem ist.

In der öffentlichen Diskussion und damit auch in den zahlreichen Anfragen an Transparency Deutschland, Stellungnahmen im Bereich Bundes- und Landesverwaltung abzugeben, spielte die Problematik der »Annahme von Belohnungen und Geschenken« eine große Rolle. Die Zusammenstellung aller entsprechenden Regelungen auf Bundes- und Länderebene zeigt, dass es eine große Regelungsdichte auf allen Ebenen gibt. Gewisse Abweichungen und Interpretationsmöglichkeiten bei eventuellen Höchstgrenzen gibt es nach wie vor. Neben den Geschenkeregelungen hat die Arbeitsgruppe auch die übrigen Präventionsrichtlinien auf Bundes- und Landesebene nach aktuellem Stand zusammengestellt. In der Regel verfügen die Länder über Richtlinien zur Korruptionsprävention; nur in Nordrhein-Westfalen hat man die Gesetzesform gewählt. Dieses Gesetz wurde im Jahr 2013 novelliert. Transparency hat dazu eine umfangreiche Stellungnahme verfasst und war bei einer Anhörung im Landtag vertreten. In Thüringen brachte die Fraktion DIE LINKE im Oktober 2013 einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, zu dem auch Transparency um Stellungnahme gebeten wurde.

Das von der Arbeitsgruppe in den Vorjahren behandelte Thema der Risiko- und Gefährdungsanalyse hat nichts an Aktualität verloren. Die Forderung von Transparency Deutschland, dass »in der öffentlichen Verwaltung eine flächendeckende Analyse der korruptionsgefährdeten Stellen durchzuführen« ist, ist in vielen Behörden als Ziel anerkannt. Leider ist die tatsächliche Umsetzung noch am Anfang oder sogar aufgrund mangelnder Kapazitäten als nicht durchführbar eingestuft worden.

Das Thema »Open Government« nimmt an Bedeutung zu und wird auf Bundes- und Landesebene zunehmend thematisiert. In einer

Stellungnahme für den Sonderausschuss Verfassungsreform des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Thema »Herausforderung der digitalen Gesellschaft« forderte die Arbeitsgruppe, einen Anspruch auf Informationszugang und eine proaktive Veröffentlichung von Daten in der Landesverfassung von Schleswig-Holstein festzuschreiben. Gleichzeitig wies sie auf den Schutz personenbezogener Daten hin und dass der Einsatz von Open Data nicht dazu führen dürfe, dass Bürgerinnen und Bürger im Gebrauch ihrer Bürgerrechte eingeschränkt werden.

Darüber hinaus hat sich die Arbeitsgruppe mit dem Thema »Compliance in der Kernverwaltung« befasst.

Informationsfreiheit

Die Arbeitsgruppe hat sich erneut mit der Schaffung von Informationsfreiheitsgesetzen (IFG) in den immer noch fehlenden Bundesländern und dort, wo bereits vorhanden, zur Verbesserung hin zu Transparenzgesetzen befasst.

Unsere Bemühungen zur Etablierung von Transparenzgesetzen haben im Jahr 2013 noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Die Hoffnung, nach der erfolgreichen Einführung des Hamburger Transparenzgesetzes im Herbst 2012, auch in anderen Bundesländern schnell zu Regelungen für eine aktive Veröffentlichung von Verwaltungsdaten zu kommen, hat sich nicht erfüllt.

Die Arbeitsgruppe war beratend an der Entwicklung eines Transparenzgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt und hat an einem Fachgespräch in Rostock bei Bündnis 90/Die Grünen teilgenommen. Auch hat sie die Bemühungen der Regionalgruppen Bremen und Rheinland und die dortigen Initiativen für eigene Entwürfe für Transparenzgesetze in Bremen und Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Verabschiedung eines Informationsfreiheits- und Transparenzgesetzes ist im Bundestag gescheitert. Dasselbe gilt für die Bemühungen in Brandenburg, die Novellierung des bisherigen Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes zu nutzen, öffentlich zugängliche Datenbanken aufzubauen. Auch für die seit langem dem Berliner Abgeordnetenhaus vorliegenden Transparenzgesetzentwürfe von Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenpartei gibt es keine

Fortschritte zu verzeichnen. In Niedersachsen gibt es Anlass zur Hoffnung, dass es, unterstützt von der Regionalgruppe Niedersachsen, in der 17. Legislaturperiode zumindest zu einem Informationsfreiheitsgesetz kommen kann.

Mit fachlicher Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (DGIF) hat die Arbeitsgruppe eine erste Runde eines sogenannten »Tamiflu®-Ranking« vorangetrieben. Dabei handelt es sich um eine Umfrage bei sämtlichen mit der Pandemie-Vorsorge befassten Bundes- und Länderministerien zum Einkauf und zur Bevorratung von Tamiflu®. Zwanzig ergänzende Anträge wurden Ende des Jahres 2013 gestellt. Einen engen Austausch mit der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen gab es auch im Zusammenhang mit einem Korruptionsverdacht bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem IFG-Verfahren zu sogenannten »Anwendungsbeobachtungen«. Bei diesen handelt es sich um vertraglich vereinbarte Arzneimittelverordnungen zwischen Pharmafirmen und Ärzten.

Über »Informationsfreiheit aus zivilgesellschaftlicher Perspektive« gibt ein Beitrag Aufschluss, den vier Autorinnen und Autoren von Transparency Deutschland gemeinsam für das Jahrbuch 2012 »Informationsfreiheit und Informationsrecht« verfasst haben, das im Jahr 2013 erschienen ist. Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency Deutschland, Dr. Heike Mayer, Leiterin der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit, Dr. Angela Spelsberg, Mitglied der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen, und Dieter Hüsgen, Leiter der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit, thematisieren hier kommunale Informationsfreiheits-satzungen, die Idee von FragdenStaat.de, IFG-Anträge zu Anwendungsbeobachtungen und Open Government.

In Rheinland-Pfalz hat der Informationsfreiheitsbeauftragte Ende des Jahres 2012 einen Beirat für Informationsfreiheit in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen, in den Dr. Heike Mayer als Vertreterin von Transparency Deutschland berufen wurde. Das Gremium tagte im Jahr 2013 vierteljährlich, um den Gedanken der Informationsfreiheit im Bundesland zu stärken, aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich mit zu verfolgen und mit Hinweisen und Anregungen zu begleiten. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in ihrer ersten Regierungserklärung im Januar 2013 angekündigt, ein Transparenzgesetz für Rheinland-Pfalz einzuführen. Um das Reformvorhaben voranzutreiben, hat die Landtagsfraktion

von Bündnis 90/Die Grünen am 20. September 2013 ein Fachgespräch durchgeführt, bei dem Dr. Heike Mayer über die Anforderungen an ein modernes Transparenzgesetz referierte.

Fünf Länder ohne Informationsfreiheit

Informationsfreiheitsgesetze fehlen immer noch in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen. Dieser Satz aus dem Jahresbericht 2012 hat noch immer unverändert Gültigkeit.

In Baden-Württemberg hat die grün-rote Regierungskoalition ein entsprechendes Gesetz vereinbart und angekündigt. Einen Gesetzentwurf der FDP lehnte sie dagegen im Juni 2013 ab. Auch in Niedersachsen hat die rot-grüne Regierungskoalition in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt, eine umfassende Open-Data-Strategie mit einem modernen Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz vorzulegen. In Hessen und Sachsen ist die Sachlage im Jahr 2013 unverändert.

In Bayern veranstaltete die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 20. April 2013 ein Fachgespräch zum Thema »Ein Transparenzgesetz für Bayern«. Teilnehmerin auf dem Podium war neben Professor Herbert Kubicek vom Institut für Informationsmanagement in Bremen, Klaus Gronenberg, Referatsleiter beim Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit, und Altbürgermeister Sebastian Niedermayer, Gemeinderat aus Eichenau, Dr. Heike Mayer, die Transparency Deutschland im Bündnis Informationsfreiheit für Bayern vertritt. Das Gesetz, das dann im Juni 2013 unter der Bezeichnung »Gesetz über die Öffentlichkeit und Transparenz der Verwaltung (Verwaltungsöffentlichkeitsgesetz)« in den Landtag eingebracht wurde, scheiterte in der zu Ende gehenden 16. Legislaturperiode ebenso wie das zuvor von der SPD eingebrachte »Bayerische Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz«.

Informationsfreiheit auf kommunaler Ebene

Solange Landesgesetze fehlen, gehen die Bemühungen von Transparency Deutschland im Bündnis Informationsfreiheit für Bayern weiter, Städte und Gemeinden davon zu überzeugen, dass eine transparente Verwaltung und die Zusage von Informationsrechten der Bürger zu den Erfordernissen einer Weiterentwicklung der Demokratie gehören und vertrauensbildend und korruptionsvorbeugend wirken können.

FragDenStaat.de
MARIA SCHRÖDER

VERGABE:
CHRISTIAN HEUKING
DR. CHRISTIAN LANTERMANN

Am 16. Juni 2013 fand im oberbayerischen Traunreut der bayernweit erste Bürgerentscheid über die Einführung einer kommunalen Informationsfreiheits-Satzung statt. Dieser scheiterte wegen zu geringer Beteiligung am Zustimmungsquorum von 20 Prozent. Das Bündnis hat den Initiator des Bürgerbegehrens unterstützt. Unter dessen ist die Zahl der bayerischen Kommunen, die per Gemeinderatsbeschluss ihren Einwohnern Informations- und Akteneinsichtsrechte durch eine Satzung garantieren, bis Ende des Jahres 2013 auf knapp 60 angewachsen. Auch in Niedersachsen und Hessen ist eine ganze Reihe von Kommunen diesem Beispiel gefolgt und hat eine Informationsfreiheits-Satzung verabschiedet.

FragDenStaat.de

Im Jahr 2013 hat das von Transparency Deutschland unterstützte Portal FragDenStaat.de die 2000. Informationsfreiheitsanfrage verzeichnet. Die Aktiven rund um den Projektleiter Stefan Wehrmeyer von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. haben im vergangenen Jahr vor allem Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ein Seminar mit dem Investigativjournalisten Hans-Martin Tillack vom »Stern« und Dr. Christoph Partsch von der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V. (DGIF) haben zwanzig Interessierte besucht. Viele Teilnehmende stammten aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen. Darüber hinaus hat FragDenStaat.de eine erfolgreiche Spendenkampagne durchgeführt, um ein Video zum Thema Informationsfreiheit und FragDenStaat.de produzieren zu können. Außerdem werden derzeit die AGBs überarbeitet, damit FragDenStaat.de künftig als E-Mail-Dienstleister wahrgenommen wird. In puncto Öffentlichkeitsarbeit wurde das Jahr mit einem Vortrag von Stefan Wehrmeyer auf dem 30c3, dem Jahreskongress des Chaos Computer Club, beschlossen.

 **FragDenStaat.de**

Vergabe

Aktuelle Entwicklungen im Vergabewesen/ Sensibilisierungsmaßnahmen

Die Arbeitsgruppe hat im Jahr 2013 im Rahmen diverser Vorträge sowie Anhörungen für ein Mehr an Korruptionsprävention im Bereich des Vergaberechts geworben und sich bezüglich der neuen Entwicklungen mit folgenden Themen befasst:

Im Rahmen der Begleitung der europäischen Entwicklungen im Vergabewesen wurde in einem TV-Bericht Stellung zu der Aufnahme der Rettungsdienstleistungen in den Entwurf der EU-Richtlinie zur Konzessionsvergabe bezogen. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich ein erweiterter Wettbewerb positiv auf wirtschaftlichere Beschaffungen auswirken würde.

Darüber hinaus wurde das Internationale Sekretariat von Transparency International im Rahmen der Erstellung einer Integritätsstudie hinsichtlich der Bewertung eines Auditprogramms des Internal Audit Service (IAS) der Europäischen Kommission beraten. Das Programm des IAS dient dazu, die Durchführung von Vergabeverfahren der Europäischen Kommission prüfen und bewerten zu können.

Die Standpunkte und Forderungen der Arbeitsgruppe konnten auf mehreren Veranstaltungen vorgestellt werden:

- März 2013: Vortrag in der Hochschule Wismar, Thema »Compliance bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Bauwesen«
- April 2013: Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, Thema »Korruptionsprävention und Vergaberecht - Forderungen seitens Transparency Deutschland«
- Juni 2013: Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung des Behörden Spiegel, Thema »Compliance und Korruptionsprävention im Öffentlichen Dienst«
- November 2013: Vortrag im Rahmen der 18. EUROFORUM-Jahrestagung »Brennpunkt Vergaberecht«, Thema »Korruptionsprävention vs. Vergaberecht?«

Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppe haben zudem als Sachverständige an Anhörungen teilgenommen, wofür im Vorfeld entsprechende Stellungnahmen erstellt und veröffentlicht wurden:

- Anhörung im Sächsischen Landtag zum Thema

- »VOB-Vergaben im Unterschwellenbereich«
- Korruptionspräventionsmöglichkeiten bei »freihändigen und beschränkten Ausschreibungen«
- Anhörung im Nordrhein-Westfälischen Landtag zum Thema »Novellierung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW«

Des Weiteren wurde seitens der Arbeitsgruppe eine Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs – GRfW (Schleswig-Holstein) veröffentlicht.

Aktuelle Entwicklungen zum (bundesweiten) Korruptionsregister

Seitens der Arbeitsgruppe wurde zudem die Initiative der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstützt, einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen auf Bundesebene in den Bundestag einzubringen. Zu dem Gesetzentwurf wurde eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet und veröffentlicht. Darüber hinaus hat ein Vertreter der Arbeitsgruppe an der Sachverständigenanhörung im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags teilgenommen.

Aktuelle Entwicklungen im Bereich Public-Private Partnership/öffentlich-private Partnerschaft (PPP/ÖPP)

Auch die Entwicklungen im Bereich PPP/ÖPP wurden weiter durch die Arbeitsgruppe begleitet.

Integritätspakt

Im Dezember folgten Mitglieder der Arbeitsgruppe Integritätspakt einer Einladung nach Brüssel, um vor einer europäischen Kommission zur Bekämpfung von Korruption im öffentlichen Vergabewesen die deutschen Erfahrungen mit laufenden Integritätspakt-Projekten vorzustellen und diese im Sinne von »Best Practice« zu diskutieren.

Auf der »Conference on anti-fraud and anti-corruption measures in relation to the use of European Structural and Investment Funds«, die in Kooperation mit Transparency International veranstaltet wurde, referierten Dr. Michael Wiehen, Begleiter des Integritätspaktes des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI), Dr. Kirsten Schubert, Leiterin der Arbeitsgruppe Integritätspakt und Begleiterin des Integritätspaktes

Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord, und Prof. Jürgen Gotthold, Monitor des Integritätspaktes Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord. Diskutiert wurde über die Implementierungsmodalitäten eines durch einen Monitor begleiteten Integritätspaktes mit einem breitgefächerten, europäischen Expertenpublikum. Es waren 400 geladene Teilnehmende aus den EU-Staaten anwesend. Erklärtes Ziel der Konferenz war es, eine europäische Vernetzung zu initiieren, um Maßnahmen und Antikorruptions-Instrumente, wie den Integritätspakt, zu erläutern und bekannt zu machen.

Im Verlauf des Jahres fanden Sitzungen der Arbeitsgruppe Integritätspakt und ein stets kontinuierlicher Austausch zwischen den Integritätspakt-Begleitenden und den jeweiligen Monitoren statt. Es gab erfreulicherweise keine Hinweise auf Korruptionsfälle, wohl aber Fälle von Missmanagement.

Wirtschaft

Auf den Treffen und Telefonkonferenzen haben die Arbeitsgruppe verschiedene Themen beschäftigt: Die Übersetzung und Bearbeitung einer Broschüre für Korruptionsprävention für den Mittelstand, der weiterhin einen Schwerpunkt für die Arbeit der Arbeitsgruppe darstellt. Mittlerweile sind auch eine Reihe von »Online-Tools« erschienen, die Unternehmen, und dort hauptsächlich den Vertrieb, bei der Korruptionsprävention unterstützen sollen. Diese hat die Arbeitsgruppe auf ihre Qualität hin überprüft und ist dabei, sie für den Markt in Deutschland aufzubereiten.

Das Thema »Unternehmensstrafrecht« hat durch das sehr eindeutige Votum der Justizministerkonferenz für ein Gesetz zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen neuen Schwung bekommen. Hier sieht die Arbeitsgruppe Chancen, Korruptionsprävention in Unternehmen stärker zu verankern. Der Gesetzentwurf aus Nordrhein-Westfalen sieht vor, in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder Strafmilderung oder Strafbefreiung zu gewähren, wenn ein auf das Unternehmen angepasstes Compliance-Management-System installiert war. Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfer organisieren für ihre Kunden entsprechende Veranstaltungen, zu denen die Arbeitsgruppe eingeladen wird.

Im April des letzten Jahres hat das jährliche Forum der korporativen Mitglieder von Transparency

INTEGRITÄTSPAKT:
DR. KIRSTEN SCHUBERT

WIRTSCHAFT:
DR. ANDREAS NOVAK

INTERNATIONALE
VEREINBARUNGEN
DR. HEIDI FELDT

Deutschland bei der GIZ in Berlin stattgefunden.

Das Deutsche Netzwerk Wirtschaftsethik - EBEN Deutschland e.V. (DNWE) hat sich im November 2013 neu konstituiert. Vorstandsvorsitzender ist Prof. Dr. Josef Wieland, ein führender Wissenschaftler für angewandte Wirtschaftsethik. Die Geschäftsführung hat Prof. Dr. Joachim Fetzer übernommen. Transparency Deutschland ist durch Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild im Kuratorium des DNWE vertreten. Das Zentrum für Wirtschaftsethik (ZfW) ist das wissenschaftliche Institut des DNWE. Sein Ziel ist die Förderung der Anwendungsorientierung von Wirtschafts- und Unternehmensethik in Europa. Die Schnittstelle zu Transparency Deutschland ist die Umsetzung von Compliance und Wertemanagementsystemen. Zu den Aktivitäten gehören die Verleihung eines Preises für Unternehmensethik, Expertenforen und das Projekt »Unternehmen Integrität« mit PricewaterhouseCoopers (PwC). Nicht zuletzt veröffentlicht das DNWE vierteljährlich die renommierte Fachzeitung »Forum Wirtschaftsethik«.

Internationale Vereinbarungen

Nachhaltigkeitsberichterstattung deutscher Großunternehmen

Nachdem im Jahr 2012 unter Federführung von Dr. Manfred zur Nieden und Helena Peltonen-Gassmann die Untersuchung von Nachhaltigkeitsberichten deutscher Großunternehmen, die nach den Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) berichten, veröffentlicht wurde, wurden die Ergebnisse mit Unternehmen und Unternehmensverbänden diskutiert. Untersucht wurde die Berichterstattung zu Korruption, die erhebliche Mängel aufwies. Einige Unternehmen erklärten, die Anregungen der Studie aufzugreifen und ihre Nachhaltigkeitsberichte zu verbessern.

Zur Revision der GRI-Richtlinien

Die revidierten GRI-Richtlinien (G4) wurden nach mehrjähriger Entwicklungsarbeit und Konsultationen am 22. Mai 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Transparency International hatte sich auf verschiedenen Ebenen an der Entwicklung beteiligt. Die neuen Richtlinien sind formal wesentlich verbessert worden: Straffer, übersichtlicher, logischer, eindeutiger. Auch inhaltlich sind sie positiv weiterentwickelt worden. In den Bereichen »Anti-Corruption« und »Public Policy« sind viele unserer Vorstellungen verwirklicht.

Kritisch zu sehen ist jedoch, dass die Unternehmen unter den neuen Richtlinien weitgehend selbst definieren werden, über was sie berichten, und somit unter anderem das Thema Korruption umgehen können. Umso bedeutsamer ist eine Initiative der EU, die Nachhaltigkeitsberichterstattung – auch zu Antikorruption – für größere Unternehmen verbindlich machen und der Prüfung unterwerfen will.

OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen

In der OECD wurde eine eigenständige »Working Party for Responsible Business Conduct« eingerichtet, deren Aufgabe die Förderung der Einhaltung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen ist und die sich zur Zeit konkret mit der Frage der Umsetzung der Sorgfaltspflicht im Finanz- und Rohstoffsektor beschäftigt. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Arbeit im letzten Jahr von OECD Watch, in der die Arbeitsgruppe, vertreten durch Shirley van Buiren, aktiv mitwirkt. Die Beteiligung von OECD Watch als alleiniger Vertreter der Zivilgesellschaft an der Arbeit dieser neu gegründeten Working Party ist bemerkenswert, da bis zur Revision der Leitsätze und der Etablierung der Working Party nur die Gewerkschaften und die Wirtschaft als offizielle Repräsentanten der Stakeholder in den Ausschüssen mitarbeiten konnten.

Transparenz im Rohstoffsektor

Mitte des Jahres 2013 hat das Europaparlament die Richtlinie zur Offenlegungspflicht für Unternehmen im Rohstoffsektor verabschiedet. Bis 2015 müssen nun die Mitgliedsstaaten die Vorgaben in nationales Recht überführen. Spätestens dann müssen alle Rohstoffunternehmen, die an europäischen Börsen gelistet sind und alle großen europäischen, nicht börsen-notierten Unternehmen ihre Zahlungen projektgenau offenlegen. Transparency Deutschland hat sich zusammen mit ONE, Misereor und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen für diese Regelung eingesetzt – immer in enger Absprache mit der internationalen Kampagne »Publish What You Pay« (PWYP). Zudem hat die Leiterin der Arbeitsgruppe zusammen mit der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit an mehreren Veranstaltungen zum Thema »Land Grabbing« teilgenommen.

OECD-Konvention über Auslandsbestechung

Die Arbeitsgruppe, in Person von Dr. Max Dehmel und Dr. Angela Reitmaier, hat wie in den Jahren zuvor die Antwort von Transparency Deutschland auf den Fragebogen zur jährlich erscheinenden Publikation von Transparency International »Exporting Corruption? Progress Report 2013: Assessing enforcement of the OECD Convention on combating bribery« an Transparency International übermittelt. Die Antwort beruht auf der Auswertung des anonymisierten Berichts des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) vom Februar 2013 an die OECD Working Group. Die Arbeitsgruppe hat sich gegenüber

für Unternehmensverantwortung und im CSR Forum spielten Menschenrechte und Unternehmensverantwortung eine zentrale Rolle. CorA forderte und das CSR Forum empfahl die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten durch die Bundesregierung. In beiden Netzwerken arbeitet die Arbeitsgruppe mit. Paul Hell repräsentiert Transparency Deutschland bei CorA.

Außerdem vertritt die Arbeitsgruppe mit Helena Peltonen-Gassmann Transparency Deutschland im Deutschen Global Compact Netzwerk (DGCN).

KOMMUNEN:
HELMUT BROCKE
ULRIKE LÖHR
(KORPORATIVE KOMMUNALE
MITGLIEDER)

»DIE ARBEIT VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND IST WEGWEISEND IM KAMPF GEGEN KORRUPTION. ICH WURDE DURCH MEIN PRIVATES INTERESSE AN THEMEN WIE GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG UND RECHTSTAATLICHKEIT AUF PUBLIKATIONEN VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL AUFMERKSAM. DURCH MEINE MITGLIEDERSCHAFT MÖCHTE ICH NUN MEINEN BEITRAG DAZU LEISTEN, DASS DER VEREIN AUCH ZUKÜNFTIG SEINE WERTVOLLE ARBEIT WEITERFÜHREN KANN.«

Anosha Wahidi, Mitglied,
Referentin im Öffentlichen Dienst aus Berlin



dem BMJ dafür eingesetzt, dass dessen Bericht in Zukunft aussagekräftiger ausgestaltet wird. Der Gesamtbericht für alle Länder wurde am 8. Oktober 2013 veröffentlicht. Auf Grund der gemeldeten Zahlen über die Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger befindet sich Deutschland auch dieses Mal in der Spitzengruppe.

Corporate Social Responsibility (CSR)

Schwerpunkt der Arbeit zu CSR war im Jahr 2013 das Thema »Menschenrechte, Unternehmensverantwortung und Korruption«. Aufgerüttelt durch den Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch mit über 1.000 Toten hat sich innerhalb Transparency Deutschland eine Gruppe gebildet, die sich mit den Auswirkungen von Korruption auf Arbeitsbedingungen und -standards auseinandersetzt. Auch beim CorA-Netzwerk

Kommunen

Korruptionsprävention spielt in Kommunen eine besondere Rolle, denn hier trifft der Bürger unmittelbar auf das politische System und die handelnde Verwaltung. Dass das Interesse am Thema groß ist, zeigt die Nachfrage nach der Checkliste für »Self-Audits« zur Korruptionsprävention in Kommunen. Diese erschien nach einer Überarbeitung in zweiter Auflage und wurde den kommunalen Spitzenverbänden, kommunalnahen Fachzeitschriften sowie den kommunalen Studieninstituten und Akademien zur Verfügung gestellt. Auf Einladung von kommunalnahen Organisationen konnte die Arbeitsgruppe die Checkliste vorstellen und diskutieren.

Nachdem sich Ulrike Löhr und Jochen Bäumel mit der Korruptionsprävention in kommunalen Unternehmen anhand des Beispiels Potsdam befasst hatten, entstand ein entsprechender

BILD: PRIVAT

FINANZMARKT:
STEFAN CALVI

FINANCIAL INTEGRITY
INITIATIVE PANEL:
CASPAR VON HAUENSCHILD

Vortrag für kommunale Unternehmen. Dieser und das »Viersäulenmodell zur Korruptionsprävention in Kommunen« hat die Arbeitsgruppe bereits bei Veranstaltungen bei der Bundespolizei, bei Kammereivereinigungen und des Technischen Hilfswerks sowie in verschiedenen Städten eingesetzt.

Die Arbeitsgruppe Kommunen erarbeitete eine Stellungnahme zu einem Entwurf für ein Transparenzgesetz in Hessen, in der sie den Vorstoß grundsätzlich begrüßte. Gleichzeitig empfahl sie, die Zustimmung der betroffenen kommunalen Unternehmen auf Veröffentlichung anzufordern oder Regelungen in Anstellungsverträge zu integrieren, um einen möglichen Konflikt zwischen dem Persönlichkeitsrecht der Betroffenen und dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Vergabe wurde zudem eine Stellungnahme zur Novelle des Korruptionsbekämpfungsgesetzes Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Empfohlen wurde insbesondere, den Katalog der gesetzlich geregelten Maßnahmen zur Korruptionsvorbeugung weiterzuentwickeln und zu klären, inwieweit die Maßnahmen auch für landeseigene und kommunale Einrichtungen und Unternehmen gelten. Diese Forderungen konnten im Innenausschuss des Landtags umfassend dargestellt und bekräftigt werden, auch wenn am Ende nur redaktionelle Änderungen vorgenommen wurden.

Vorbildliche Regelungen zur Korruptionsprävention für Vertretungsgremien und Verwaltungen wurden zudem von der Arbeitsgruppe erfasst. Die Vorschriften der Länder zur Korruptionsprävention, zum Verbot der Annahme von Vorteilen, zu Informationsfreiheitsgesetzen und zum Sponsoring, die auch für Kommunen relevant sind, wurden aktualisiert und auf der Webseite veröffentlicht.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand darin, auf Anfragen einzelner Personen und Organisationen zu kommunalrelevanten Themen Auskunft zu geben und den Printmedien sowie Fernseh- und Radiosendern für Interviews zur Verfügung zu stehen.

Korporative kommunale Mitglieder

Erstmals im Januar 2013 und erneut im Januar 2014 fanden Treffen der korporativen kommunalen Mitglieder statt. Ziel ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Transparency

Deutschland und den Mitgliedern. In einem Erfahrungsaustausch über den Einsatz von Ombudspersonen stand besonders der Hinweisgeberschutz im Mittelpunkt. Die Regelungen der korporativen Mitglieder zum Thema »Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen« und Einbindung der Ansprechstellen Korruptionsprävention wurden beraten. Demnächst sollen Erfahrungen mit internetbasierten Schulungssystemen ausgetauscht werden.

Darüber hinaus gab es weitere Einzelgespräche mit den korporativen kommunalen Mitgliedern zu aktuellen Themen der Korruptionsprävention und Transparenz vor Ort. Auch mit weiteren Städten bundesweit gab es unterschiedlich intensive und formelle Begegnungen in Form von Vorträgen und Gesprächen.

Finanzmarkt

Es ist sehr erfreulich, dass es im Jahr 2013 gelungen ist, eine Zusammenarbeit mit Finance Watch in Brüssel und mit der Arbeitsgruppe Finanzmarkt von Transparency Österreich aufzubauen. Mit beiden erfolgt inzwischen ein regelmäßiger Austausch.

Im Januar 2013 wurde das Positionspapier »Forderungen zur Herstellung von Integrität in der Finanzwirtschaft« veröffentlicht. Es enthält unter anderem Forderungen für mehr Transparenz bei internationalen Finanzströmen, bei Lobbying-Aktivitäten der Finanzindustrie und beim Privatkundengeschäft der Banken. Darüber hinaus fordert Transparency Deutschland eine verstärkte Rechenschaftspflicht der Aufsichtsbehörden und Offenlegungspflicht für Finanzinstitutionen.

Die Arbeitsgruppe arbeitet zurzeit in drei Themengebieten:

Das Thema »Corporate Culture« wird über die Mitarbeit von Caspar von Hauenschild in der Financial Integrity Initiative von Transparency International und über die Zuarbeit der Arbeitsgruppe hierzu verfolgt.

Vertreten durch Prof. Dr. Hansjörg Elshorst, Senior Policy Advisor von Transparency Deutschland, war Transparency Deutschland vor zehn Jahren an der Gründung des Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland beteiligt und ist seitdem dort engagiert. Als Konsequenz der Finanz-, Banken- und Verschuldungskrisen ist auch im Berichts-

jahr eine Reihe von gemeinsamen Themen ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Koordinierte Anstrengungen der Zivilgesellschaft sind notwendig und die dauerhafte Finanzierung eines schlagkräftigen Netzwerks ist wichtig, für die sich Transparency Deutschland einsetzen wird. Der Vorstand war 2013 wiederholt mit einer Intensivierung dieser Zusammenarbeit befasst.

Ein weiteres Thema der Arbeitsgruppe ist »Asset Recovery«, beziehungsweise »Vermögensrückführung«. Dazu hat die Arbeitsgruppe im Jahr 2013 mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Regierungspräsidium Darmstadt Gespräche geführt. Ziel war ein Informationsaustausch und das Eruiere möglicher Zusammenarbeit. Darüber hinaus wurde ein Vortrag über illegitime Finanzströme bei der Gründungsveranstaltung von Academics stand against Poverty (ASAP) Deutschland gehalten.

Gemeinsam mit der Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main hat die Arbeitsgruppe im Februar 2013 eine Diskussionsveranstaltung mit dem Society for International Development (SID) Chapter Frankfurt e.V. organisiert. Unter dem Titel »Illegale Gelder und Vermögen aus Krisen- und Entwicklungsländern - Vermögensrückführung zum Nutzen von Entwicklung« diskutierten Sebastian Fiedler vom Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK), Philipp Jahn von der GIZ und Selvan Lehmann vom Internationalen Zentrum für Vermögensrückführung (ICAR).

Das Financial Integrity Initiative Panel (FII Panel) Mehr Integrität im Finanzmarkt

Die Bankenaufseher der Welt bombardieren Banken seit 2009 mit einer neuen Vorschrift nach der anderen. Das Führungsverhalten der Banken scheint sich dagegen kaum zu verändern. Die Skandale der letzten beiden Jahre sprechen Bände: Kartellabsprachen bei Referenzsätzen, Bestechung und Bestechlichkeit, Beihilfen zu Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Bilanzmanipulation. Transparency International hat daher im Oktober 2012 auf internationaler Ebene eine Arbeitsgruppe, das sogenannte »Financial Integrity Initiative Panel« oder »FII Panel«, zusammengestellt. Darin sind zwölf Finanzmarktexpertinnen und -experten aus der ganzen Welt vertreten. Dazu gehören Jermyn Brooks, Vorstandsmitglied von Transparency International, und Caspar von Hauenschild, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland.

Die Arbeitsgruppe hat sich mit folgenden Themen befasst:

Financial Integrity Assessment Tool

Es wurde in einem 22-seitigen Bericht die Frage beantwortet: Wie kommt man zu einer Bewertung einer Integritätsfördernden Führungskultur? Es wurden acht Bereiche identifiziert, die für die Entwicklung einer Integritätsfördernden Führungskultur relevant sind. In jedem der acht Bereiche wurden mehrere Indikatoren identifiziert, wie zum Beispiel das Kommunikationsverhalten des Vorstands – »Tone at the top«. Wann und bei welcher Gelegenheit adressiert der Vorstand Werte und Ansprüche an integeres Verhalten? Gibt es eine »Verortung von Integritätsfragen«, wie beispielsweise in einem Integritäts-Komitee im Vorstand oder im Aufsichtsrat bei Interessenkonflikten? Werden Rekrutierung, Bezahlung und Bonifizierung und Beförderung durch Integritäts-Checks der Personalführungssysteme überprüft? Und viele Fragen mehr!

Im Moment werden die acht Bereiche und deren Integritäts-Indikatoren mit der Bankenaufsicht - Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Deutsche Bundesbank und Europäische Zentralbank (EZB) -, den großen Geschäftsbanken und institutionellen Investoren auf Relevanz und Vollständigkeit überprüft. Unsere Vision ist die Erarbeitung von »Integritäts-Standards« für Banken und natürlich ein breiter Konsens mit den Betroffenen dazu. Darüber hinaus arbeiten wir an einem »Integritäts-Rating für Banken« und sind dazu mit Rating-Agenturen im Gespräch. Nicht zuletzt haben gerade Ratings und Indizes aufgrund ihrer transparenten Erhebungsmethoden Verhalten und Wahrnehmung von vielen Betroffenen verändert.

Asset Declarations –

Offenlegung der Vermögensverhältnisse von Amtsträgern

Banken müssen bei der Anti-Geldwäsche-Kontrolle insbesondere die Herkunft von Geldern von sogenannten »Politically Exposed Persons« (PEPs) überprüfen. Dazu bedienen sie sich Datenbanken, deren Qualität mangelhaft ist. PEPs sind häufig Empfänger von großen Bestechungszahlungen. Ein Teil des FII Panels kümmert sich um eine Verbesserung der Datenqualität jener Datenbanken und versucht die Entwicklung einer »open PEP data base« in ausgesuchten Ländern.

Zusammenfassend: Ein komplexes Projekt, das eine Menge Vorurteile und Widerstände überwinden muss. Und die Finanzierung steht auch noch nicht im erwünschten Rahmen. Aber wir werden es schaffen.

Hinweisgeber

HINWEISGEBER:
DR. RAINER FRANK
KENAN TUR

STRAFRECHT:
REINER HÜPER

Die spektakulären Veröffentlichungen des Hinweisgebers Edward J. Snowden haben zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zum Thema Hinweisgebersysteme und der ethischen Verantwortung von Hinweisgebern geführt. Auch gesetzliche Neuregelungen werden immer wieder in diesem Kontext gefordert, wobei auch Bestrebungen und Regelungen anderer Länder einbezogen wurden. Deshalb hat es vielfache Anfragen an Transparency Deutschland zu diesem Themenkomplex gegeben und die Arbeitsgruppe hatte Gelegenheit, sich in der Öffentlichkeit entsprechend zu positionieren und die Arbeit von Transparency bestmöglich mit fachlicher Expertise zu unterstützen.

Nach der Neuwahl der Arbeitsgruppenleitung wurden neue Strukturen und der Grad der Einbindung der Arbeitsgruppenmitglieder intensiv diskutiert. Hier sollen künftig geeignete Arbeitsmittel und Abstimmungsmechanismen gefunden werden, um kurzfristig und sachgerecht auf die stetig zunehmenden Anfragen an die Arbeitsgruppe reagieren zu können.

Im November 2013 hat Transparency Deutschland mit einer Pressekonferenz die Veröffentlichung des EU-Whistleblowerberichts in Berlin begleitet. Der Bericht beurteilt die rechtlichen Rahmenbedingungen für Whistleblower in 27 EU-Mitgliedstaaten. Nur vier Ländern wird ein guter Schutz von Whistleblowern bescheinigt: Großbritannien, Luxemburg, Rumänien und Slowenien. In Deutschland und weiteren 15 Ländern gibt es dagegen nur einen eingeschränkten Schutz. Dr. Rainer Frank betonte insbesondere die Notwendigkeit, in Unternehmen interne Whistleblowersysteme einzurichten.

Im Jahr 2013 konnte die Arbeitsgruppe auch bereits zum zweiten Mal einen Erfahrungsaustausch für Vertrauensleute und Antikorruptionsbeauftragte anbieten: Am 26. Februar 2013 diskutierten Vertrauensanwälte, Obleute und Antikorruptionsbeauftragte des Bundes und der Länder in Berlin unter Moderation von Dr. Peter Hammacher, damaliger Leiter der Arbeitsgruppe Hinweisgeber von Transparency Deutschland, über Anforderungen an ein funktionierendes Hinweisgebersystem. Das Feedback der rund fünfzig Teilnehmenden zur Veranstaltung war durchweg positiv.

Strafrecht

Korruptionshandlungen sind in ihren zentralen Ausprägungen Straftaten. Korruptionsbekämpfung ist also im Wesentlichen Prävention und Ahndung von Kriminalität. Die Arbeitsgruppe be-

fasst sich mit wichtigen Diskussionen, Themen und Problemen zu Grundsatzfragen, Strukturen und Rahmenbedingungen der strafrechtlichen Aufarbeitung von Korruptionsdelikten.

Im Mai 2013 tagte die Arbeitsgruppe in Nürnberg und es fanden sechs Telefonkonferenzen statt. Die Arbeitsgruppe Strafverfolgung hat sich im Mai 2013 in »Arbeitsgruppe Strafrecht« umbenannt.

Wesentliche inhaltliche Themen und Ergebnisse 2013:

Korruption im Gesundheitssektor/Strafrechtliche Verantwortung von niedergelassenen Ärzten und Zuwendungsgebern (BGH-Beschluss vom 29. März 2012)

Zu der vom Bundesgerichtshof (BGH) festgestellten Gesetzeslücke erarbeitete die Arbeitsgruppe Strafrecht mit der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen einen Vorschlag für die strafrechtliche Verantwortlichkeit von niedergelassenen Kassenärzten. Dieser sieht vor, Vertragsärzte, nicht-öffentlich angestellte Ärzte und Leistungserbringer im Gesundheitswesen nach dem Verpflichtungsgesetz zu verpflichten und sie damit Amtsträgern gleichzustellen. Transparency Deutschland veröffentlichte eine Presseerklärung sowie die schriftliche Stellungnahme für eine Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags im April 2013. Der Arbeitsgruppenleiter nahm zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgruppe Gesundheit an der Anhörung teil. Im September 2013 fand insbesondere dazu und zu einem zwischenzeitlich von Nordrhein-Westfalen in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf ein Gespräch zwischen der Bundesärztekammer und Transparency Deutschland statt. Dabei wurde eine weitere Zusammenarbeit vereinbart.

Strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen (Unternehmensstrafrecht)

Die Arbeitsgruppe Strafrecht hat hierzu einen Regelungsvorschlag erarbeitet, der im April 2013 vom Vorstand verabschiedet wurde. Als Beitrag zu Initiativen im Bundesrat wurde er den Landesjustizministern von Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen übersandt.

Entwurf eines Gesetzes über den Hessischen Landesbeauftragten für die Polizei (Landespolizei-beauftragtengesetz)

Der Innenausschuss des Hessischen Landtags hatte Transparency Deutschland zu einer Sachverständigenanhörung eingeladen und um eine

schriftliche Stellungnahme gebeten. Die Arbeitsgruppe Strafrecht hat die schriftliche Stellungnahme verfasst und im Mai 2013 dem Hessischen Innenausschuss zugeleitet.

Studie »Gefallen an Gefälligkeiten: Journalismus und Korruption« des Netzwerk recherche

Die Vereinigung investigativer Journalisten Netzwerk recherche veröffentlichte, unter anderem in Kooperation mit Transparency Deutschland, eine Studie über Journalismus und Korruption. Auch Mitglieder der Arbeitsgruppe Strafrecht schrieben dazu Beiträge.

11. Internationale Korruptionsfachtagung auf Schloss Raesfeld

Bei der im Oktober 2013 erfolgreich durchgeführten Tagung hat sich Transparency Deutschland mit Vorträgen und erstmals als Mitveranstalter beteiligt. Die Arbeitsgruppe Strafrecht unterstützte bei der inhaltlichen Planung und stellte einen Referenten.

Strafverfolgung bei Auslandsbestechung

Die 2012 abgeschlossene Fragebogenerhebung bei den Landesjustizverwaltungen findet seit 2013 insofern eine erfreuliche inhaltliche Fortsetzung, als dieses Thema von der der Arbeitsgruppe angehörenden Wissenschaftlerin Dr. Elisa Hoven in ihrem Habilitationsprojekt an der Universität zu Köln weiterbearbeitet und vertieft wird.

Interne (Korruptions-)Untersuchungen in Unternehmen und Strafverfolgung

Das Thesenpapier zu rechtlichen und praktischen Fragen mit Bezug zur Strafverfolgung wurde nach zwischenzeitlicher Überarbeitung auf der Internetseite von Transparency Deutschland veröffentlicht. In erweiterter Form war dies Thema eines Vortrags bei der Tagung auf Schloss Raesfeld.

Gesundheitswesen

Die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen hat sich im Jahr 2013 dreimal in Berlin zu Arbeitstagen getroffen. Durch die weiterhin in der Öffentlichkeit und im Bundestag laufende Diskussion um eine gesetzliche Regelung zur Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen, ist sie sehr häufig auch öffentlich aufgetreten. Bei Anhörungen des Bundestags, in Podiumsdiskussionen, bei Vorträgen und durch Kommentare in Funk- und Printmedien.

Auch die Thematik unvollständiger und verfälschender Publikationen von klinischen Studien stand weiterhin im Schwerpunkt der Arbeit. Die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen von Transparency Deutschland beteiligte sich durch die Verbreitung der Berliner Erklärung und durch die Unterstützung paralleler internationaler Aktionen aktiv am Kampf für eine vollständige Transparenz klinischer Studien.

Das umfangreiche Datenmaterial zu Anwendungsbeobachtungen, welches Transparency Deutschland von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) gerichtlich erstritten hatte, wurde ausgewertet, die Ergebnisse dem Vorstand vorgestellt und bei Gesprächen mit der Bundesärztekammer und dem Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) diskutiert. Nach einer Veranstaltung, die für den März 2014 bei der Bundesärztekammer geplant ist, soll eine wissenschaftliche Veröffentlichung folgen.

In Zusammenarbeit mit der Charité Berlin wurden Schulungsangebote für Studierende sowie Ärztinnen und Ärzte gemacht, die großen Anklang fanden. Auch an der Alice Salomon Hochschule in Berlin fanden zwei Veranstaltungen zum Thema »Interessenkonflikte im Gesundheitswesen« statt. Weitere Veranstaltungen zum Thema »Korruption im Gesundheitswesen« wurden an der Universität Köln, der Universität Leipzig, anlässlich einer Konferenz des Sozialverbandes Deutschland in Berlin und beim Gesundheitsforum Leipzig aktiv mitgestaltet. Mitglieder der Arbeitsgruppe nahmen an zahlreichen weiteren Veranstaltungen zum Thema »Korruption im Gesundheitswesen« teil.

Die Projektgruppe Pflege stellte im Herbst ihre Schwachstellenanalyse »Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung« im Rahmen einer Pressekonferenz vor, die starke öffentliche Beachtung fand.

Zwei Gespräche fanden mit den Pharmaverbänden Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie e.V. (FSA) und Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. (VfA) auf deren Anfrage hin in Berlin statt. Außerdem trafen sich Vorstands- und Arbeitsgruppenmitglieder mit den Vorsitzenden und Fachreferenten der Bundesärztekammer und des GKV-Spitzenverbands. Mit dem Bund Contergeschädigter und Grüenthalopfer e.V. (BCG), der Organisation »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges« (IPPNW), dem Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ) sowie mit der Vereinigung Demokratische Zahnmedizin (VDZM) und dem Deutschen Arbeitskreis für

GESUNDHEITSWESEN:
DR. WOLFGANG WODARG

TRANSPARENZ IN DEN MEDIEN:
JANINA KALLE

Zahnheilkunde (DAZ) wurde zu unterschiedlichen Anlässen und Themen kooperiert. Weitere Kooperationen gab es themenbezogen mit Pflege-, Selbsthilfe-, Wohlfahrts- und Sozialverbänden.

Transparenz in den Medien

Im Jahr 2013 konnte die Arbeitsgruppe ernten, was sie gesät hat: Gemeinsam mit dem Netzwerk recherche e.V., der TU Dortmund und der Otto Brenner Stiftung hat Transparency Deutschland die Studie »Gefallen an Gefälligkeiten« zum Thema »Korruption im Journalismus« herausgebracht. Das zivilgesellschaftliche Interesse an

Mitarbeitende, die Geldgeschenke annehmen. Das ist, so der Tenor der Studie, eine eher seltene Form der Einflussnahme. Viel eher geht es um Anzeigen-Kopplungsgeschäfte oder Einladungen zu teuren »Recherche«-Reisen.

Zukünftig will sich die Arbeitsgruppe Transparenz in den Medien darum kümmern, dass das Unrechtsbewusstsein in Bezug auf diese Einflussnahme bei deutschen Journalisten gestärkt wird. Dass das durchaus möglich ist, hat das Projekt »Zisch - Zeitung in der Schule« gezeigt: Schülerinnen und Schüler gestalteten einige Monate lang eine Zeitungsseite in ihrer Lokalzeitung mit dem Ziel, »junge Menschen für Qualitätsjour-



»ÜBER ZEHN JAHRE HABE ICH ZUR TRANSPARENZ VON WAHLEN IN OSTEUROPA GEARBEITET. ZURÜCK IN DEUTSCHLAND HABE ICH NACH EINER ORGANISATION GESUCHT, IN DER OFFEN ÜBER KORRUPTIVE PRAKTIKEN GESPROCHEN WIRD UND DIE KONSTRUKTIVE VORSCHLÄGE ZU DEREN EINGRENZUNG MACHT. DIESE ORGANISATION HABE ICH IN TRANSPARENCY DEUTSCHLAND GEFUNDEN!«

Dr. Marie-Carin von Gumppenberg, Mitglied,
Politikwissenschaftlerin aus München

der Veröffentlichung war ebenso hoch wie das der Medien: Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten, der die Arbeitsgruppe im Vorstand betreut, hatte sogar die Möglichkeit, die Standpunkte der Arbeitsgruppe in der »Tagesschau« zu erläutern.

Es ist in dieser Art die erste Studie zum Thema »Korruption im Journalismus« in Deutschland. Natascha Buhl hat im Rahmen ihrer Abschlussarbeit an der TU Dortmund herausgefunden, dass kaum ein großes deutsches Medienhaus hinreichende Kodizes beim Thema »Journalistenbestechung« hat. Zudem hat sich gezeigt, dass nur zwei von 30 angeschriebenen deutschen Chefredaktionen überhaupt bereit waren, Anfragen zum Thema zu beantworten. Im juristischen Teil der Studie wurde herausgestellt, woher dieses offenbare Desinteresse vieler deutscher Journalisten kommen könnte: Bestechung von Journalisten ist rechtlich nicht zu verfolgen, es sei denn, es geht um festgestellte öffentlich-rechtliche

Journalismus zu begeistern«. Die »Zisch«-Redaktion der Schweriner Volkszeitung hatte die Schülerinnen und Schüler dazu aufgerufen, Artikel über Sponsoren zu schreiben, die Zeitungen finanziell unterstützen. Eine aberwitzige Verknüpfung von Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus.

Vor allem der unermüdlichen Arbeit unserer Arbeitsgruppenmitglieder Norbert Wiencke und Norbert Graf Stillfried ist es zu verdanken, dass das nun offenbar aufgehört hat. Zahllose Briefe an die Redaktion änderten anfangs erst einmal gar nichts. Erst als sich die Arbeitsgruppe über die Onlinekommentar-Funktion der Schweriner Volkszeitung über die sogenannte »verdeckte PR« beschwert hat, schien Bewegung in die Sache zu kommen. Seit einigen Wochen sind die »Zisch«-Artikel in der Schweriner Volkszeitung im redaktionellen Teil sponsorenfrei und die Redaktion ruft die Schüler auch nicht mehr dazu auf, über die Wirtschaftsunternehmen zu schreiben.

Steter Tropfen höhlt also vielleicht den Stein - und mit diesem Motto geht die Arbeitsgruppe beschwingt in das Jahr 2014.

Sport

Das Jahr begann mit einem Paukenschlag: EU-ROPOL fasste in einer Pressekonferenz im Februar seine Erkenntnisse zum Thema »Match-Fixing« zusammen und kam für die Jahre 2008 bis 2011 auf 380 Fußball-Spiele in mindestens 15 europäischen Ländern unter Manipulationsverdacht. Gegen 420 Personen wurde ermittelt. Diese Diskussion beflügelte den Start des EU-Projekts von Transparency International mit Unterstützung der Deutschen Fußball-Liga (DFL) und den Europäischen Profi-Fußball-Ligen (EPFL) zur Prävention von Spielmanipulationen. Transparency Deutschland ist hier als eins von sechs nationalen Chapters beteiligt. Am 23. April fand in Köln der Auftakt mit mehr als 80 Teilnehmenden aus den Leistungszentren der DFL-Vereine statt. Dabei stellte die kurz zuvor bekannt gewordene Selbstanzeige von Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe für den Vortrag zum Thema »Mit gutem Beispiel vorangehen« eine besondere Herausforderung dar. Seitdem zeigt sich, dass im Sport andere Gesetze gelten und selbst Vorstandsvorsitzende von DAX-Unternehmen als Aufsichtsräte des FC Bayern München die Grundregeln der Compliance missachten.

Im April wurde auch das EU-Projekt »Good Governance in Grassroot Sports« abgeschlossen, das mit der International Sport and Culture Association (ISCA) durchgeführt wurde. Die Guidelines wurden gemeinsam in Brüssel international vorgestellt.

Good Governance blieb das beherrschende Thema: Forderungen von Transparency Deutschland für eine transparente Olympiabewerbung Münchens führten nach einem Spitzengespräch im Juni mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zu einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Diese legte einen Ethik-Code sowie Richtlinien zu Interessenkonflikten und Zuwendungen für die Bewerbungsgesellschaft vor. Nach der Ablehnung der Bewerbung durch die Bürgerinnen und Bürger in den beteiligten Kommunen, beschloss die Mitgliederversammlung des DOSB Anfang Dezember den von Transparency entworfenen Ethik-Code weitgehend unverändert als Grundlage für ein umfassendes Konzept von Good Governance im deutschen

Sport. Auch mit dem Deutschen Turner-Bund und dem Deutschen Ruderverband wurden Gespräche hierzu geführt.

Rückenwind gab es dabei durch die Politik: Das für den Sport zuständige Bundesinnenministerium setzte Good Governance und Prävention von Match-Fixing auf die Tagesordnung der Welt-Sportminister-Konferenz Ende Mai in Berlin. Transparency Deutschland wird seitdem in die Umsetzung dieser Themen eingebunden, die zudem in die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD aufgenommen wurden. Sport-Sponsoring und Hospitality sind Inhalt von neuen Richtlinien des UN Global Compact: Die Konsultation zum Entwurf mit dem nationalen Netzwerk des UN Global Compact im August führte zu der Forderung, für Deutschland eine entsprechende Handreichung zu erarbeiten.

Im Oktober veröffentlichte der Deutsche Fußball-Bund (DFB) den ersten Nachhaltigkeitsbericht eines Sportverbandes in Deutschland. Transparency Deutschland war an der Erstellung für den Bereich »Antikorruption« beteiligt.

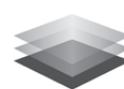
Neben zahlreichen Interviews und schriftlichen Beiträgen wurden von Mitgliedern der Arbeitsgruppe rund 25 Vorträge gehalten.

Transparenz in der Zivilgesellschaft

Der Höhepunkt des Jahres für die Arbeitsgruppe Transparenz in der Zivilgesellschaft war ohne Zweifel der mit dem Anne Frank Zentrum im Dezember 2013 erreichte 500. Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ). Mit der im Jahr 2010 von Transparency Deutschland initiierten Selbstverpflichtung werden Organisationen der Zivilgesellschaft aufgefordert, zehn klar definierte Informationen auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen. Nach einer Prüfung der Vollständigkeit der Informationen darf die Organisation das Logo der ITZ tragen. Der Zustrom von neuen Organisationen für die ITZ hat dabei auch im Jahr 2013 angehalten. Über 140 neue Unterzeichner konnten im Jahr 2013 für die mittlerweile größte derartige Initiative in Deutschland neu gewonnen werden. Die Unterzeichner weisen dabei weiterhin ein großes Spektrum auf: von bundesweit aktiven Großorganisationen mit Millionen an Spendenaufkommen hin zu lokalen Kleinstorganisationen wie mehreren Berliner Kindertagesstätten. Regional verteilen sich die Organisationen auf das gesamte Bundesgebiet mit einem deutli-

SPORT:
LARS-HEIKO KRUSE
SYLVIA SCHENK

**TRANSPARENZ
IN DER ZIVILGESELLSCHAFT:**
DR. JENS CLAUSSEN
DR. FRIEDRICH HAUNERT



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

NICHTSTAATLICHE
ENTWICKLUNGSZUSAMMEN-
ARBEIT:
SONJA GRODIG

STAATLICHE ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT:
SIEGLINDE GAUER-LIETZ

chen Schwerpunkt auf Berlin mit über 250 Unterzeichnern.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsgruppe liegt in der laufenden Koordination der Initiative, wie zum Beispiel die Kommunikation mit potenziellen Unterzeichnern und die Prüfung der Vollständigkeit der Informationen. Des Weiteren koordiniert die Arbeitsgruppe die regelmäßigen Sitzungen des Trägerkreises der ITZ. Dabei wird sowohl an der inhaltlichen Ausrichtung der Initiative als auch an der Vertretung und Verbreitung nach außen gearbeitet. Ein Beispiel für die Öffentlichkeitsarbeit ist die im Frühjahr nach langer Planung erfolgte Veröffentlichung des Flyers der Initiative.

Die erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit für die ITZ führt weiterhin dazu, dass Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppe die Möglichkeit hatten, im Rahmen von Pressegesprächen, Vorträgen und Artikeln für die Initiative und das Anliegen Transparenz zu werben. Im Jahr 2013 fanden beispielsweise Vorträge bei der 57. DRK-Tagung der Justitiare und Konventionsbeauftragten in Ludwigsburg und beim Arbeitskreis Transparenz des Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) statt. Auch führte die Arbeitsgruppe inhaltliche Diskussionen mit Organisationen wie phineo gAG und es erschienen Beiträge über die ITZ im Magazin StiftungsWelt und der Publikation »Wohlfahrt Intern«. Interessant war darüber hinaus der Austausch mit mehreren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, welche die ITZ im Rahmen von Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten zum Kern ihrer Forschung machen.

Neben den genannten Aktivitäten zur ITZ, die weiterhin den Schwerpunkt der Agenda bestimmen, gibt es weitere Aspekte der Transparenz in der Zivilgesellschaft, mit denen sich die Arbeitsgruppe beschäftigt. Beispielhaft genannt werden kann hier die individuelle Diskussion mit mehreren Verbänden und Vereinen hinsichtlich deren spezifischer Fragestellungen zu Transparenzthemen.

Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit

Mit den kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen erfolgte ein Austausch zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Korruptionsprävention. Aufgrund der Vorgaben des Deutschen

Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) sind bei den Trägern des Spendensiegels Korruptionsleitlinien eingeführt worden. Die Ernennung von Ombudspersonen ist im Gange. Zahlreiche Rückmeldungen zeigen, dass das Transparency-Grundlagenpapier »Korruption in der Entwicklungszusammenarbeit - ein Problem auch für kirchliche Organisationen« und die Veröffentlichung der Publikationen zu bisherigen Fachtagungen von den kirchlichen Werken als wertvolle Hilfestellung für die Etablierung dieser Instrumente genutzt wurde.

Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Staatliche Entwicklungszusammenarbeit werden jetzt Wege gesucht, die kirchlichen Hilfswerke auch für die International Aid Transparency Initiative (IATI) zu gewinnen. Die Redaktion der Handreichung zur Entwicklung von Leitlinien konnte weitgehend abgeschlossen werden. Das kirchliche Fachwissen der Arbeitsgruppe zu Fragen der strukturellen Ursachen von Korruption in den Kirchen wurde im Zusammenhang mit Krisen in den deutschen Kirchen, sowohl von katholischer als auch von evangelischer Seite, angefragt.

Erste Sondierungsgespräche zum Ende des Jahres 2013 haben ein positives Echo für eine erneute Fachtagung (Mut zur Transparenz III) für Anfang des Jahres 2015 ergeben.

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe war die kritische Begleitung und Beratung beim Umsetzungsprozess der Antikorruptions- und Integritätsstrategie des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Hierzu fanden Gespräche mit Mitarbeitenden des BMZ, der KfW Entwicklungsbank, der GIZ, sowie mit dem 2012 neu gegründeten Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) statt. Die Gespräche dienten dem gemeinsamen Austausch, der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen bei der Einbindung von Antikorruptionsmaßnahmen sowie der Unterstützung bei der Umsetzung von Transparenz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Darüber hinaus wirkt die Arbeitsgruppe in einem vom BMZ erweiterten Thementeam, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von BMZ, Durchführungsorganisationen, der Zivil-

gesellschaft und dem Privatsektor mit, um die Umsetzung der Antikorruptionsstrategie zu begleiten. Sie begrüßt diese Diskussionsplattform, die die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren der deutschen Entwicklungszusammenarbeit fördert und der Arbeitsgruppe die Möglichkeit gibt, an der vom BMZ erarbeiteten Roadmap der Antikorruptionsstrategie mitzuarbeiten. Hierzu hat sich die Arbeitsgruppe auch mit Transparency International, die ebenfalls im erweiterten Thementeam vertreten sind, abgestimmt. Zu einer Reihe von Aktivitäten in der Roadmap, die recht unscharf formuliert waren, wurden Empfehlungen abgegeben.

zu 2012 verbessert werden. Allerdings wurden noch nicht alle erforderlichen Daten veröffentlicht und eine Visualisierung der Daten steht noch aus. Zusammen mit ONE und der Open Knowledge Foundation setzt sich die Arbeitsgruppe dafür ein, dass IATI zukünftig auf die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit ausgedehnt wird.

Bisher nimmt die Arbeitsgruppe bereits in Zusammenarbeit mit Transparency International, die zur Bekämpfung der Korruption im Landsektor globale Aktionen planen, als Beobachter an der deutschen »Arbeitsgruppe Land« teil, in der die Bundesregierung, die GlZ, die KfW und

WISSENSCHAFT:
PROF. DR. GÜNTER-ULRICH
TOLKIEHN

»ICH BIN TRANSPARENCY DEUTSCHLAND BEIGETRETEN, DA ICH DER MEINUNG BIN, DASS DIE BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND DAS EINTRETEN FÜR TRANSPARENZ WESENTLICHE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE SIND. DAHER MÖCHTE ICH DIE WERTVOLLE ARBEIT VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL UNTERSTÜTZEN, DEREN NOTWENDIGKEIT UND NUTZEN ICH WÄHREND EINES AUFENTHALTES IN BULGARIEN KENNENGELERNT HABE.«

Clemens Günther, Mitglied,
Student aus Berlin



Ein Abgleich der Roadmap mit der Antikorruptionsstrategie ergab, dass wichtige »Handlungspunkte«, beispielsweise Human Capacity Maßnahmen, Multi-Stakeholder-Initiativen, der Schutz von Whistleblowern sowie best-practice-Analysen nicht in der Roadmap zu finden sind. Offen bleibt auch ein klarer Zeitrahmen für die Roadmap. Die Arbeitsgruppe hat dem BMZ daher zum Jahresende eine Kommentierung der ausstehenden Punkte zugeleitet.

Die Arbeitsgruppe hat sich 2013 durch engen Kontakt zum zuständigen Referat im BMZ verstärkt für die Implementierung des International Aid Transparency Initiative (IATI)-Standard eingesetzt und begrüßt den eingehaltenen Zeitplan bei der Veröffentlichung der Daten. Die Fortschritte wurden auch international wahrgenommen. So konnte die Position der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Aid Transparency Index von Publish What You Fund im Vergleich

zivilgesellschaftliche Organisationen einen Dialog zur Ausgestaltung der Post-2015-Ziele führen. An den vier Treffen der Arbeitsgruppe und der Klausurtagung im November in Berlin, Bonn und Trebnitz (Mark) nahmen regelmäßig zwölf bis 16 Mitglieder teil.

Wissenschaft

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft wurde im Mai 2012 gegründet, um Bereiche der Intransparenz und Korruptionsgefahr in der Wissenschaft öffentlich zu benennen und durch eigene Aktionen oder Zusammenarbeit mit anderen Organisationen Fortschritte und Verbesserungen zu bewirken. Die Arbeitsgruppe wählte im Juni 2013 Prof. Dr. Günter-Ulrich Tolkiehn zum Vorsitzenden und Dr.-Ing. Peter Büttner, der die Arbeitsgruppe zuvor kommissarisch geleitet hatte, zum Stellvertreter.

BILD: NIKOLAUS BRADE

Die zunehmende Bedeutung der Wissenschaft für alle gesellschaftlichen Bereiche ist heute in aller Munde. Gleichzeitig bedrohen Entwicklungen im Stil von New Public Management -privatisieren, deregulieren, liberalisieren-zunehmend die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft, die das Grundgesetz zusichert. Diese Entwicklung hat schon wiederholt das Bundesverfassungsgericht beschäftigt.

Privatisierungsvorgänge, insbesondere wenn sie intransparent sind und es um viel Geld geht, bergen immer Korruptionsgefahren. Korruption kann nicht nur Geld, Leistungen, Rechte, Arbeitsplätze oder Sachen betreffen.

unter Verschluss hält. Auch Formen des Sponsorings, wo Hörsäle zu Werbeflächen werden, wie beim Aldi-Süd-Hörsaal der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, passen nicht zur Unabhängigkeit von Forschung und Lehre.

Gemeinsam mit der tageszeitung (taz) und dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) startete Transparency Deutschland 2013 das Projekt »Hochschulwatch«. So entstanden Informationsseiten über alle deutschen Universitäten mit Einträgen etwa zu Sponsoring, Stiftungsprofessuren und Deutschlandstipendien. Insgesamt konnte Hochschulwatch über 300.000 Seitenaufrufe verzeichnen.



»ALLES WAS LEGAL IST, IST AUCH LEGITIM“ – ICH GLAUBE, ZU VIELE MENSCHEN DENKEN SO UND NUTZEN MÖGLICHERWEISE AUCH RECHTLICHE GRAUZONEN FÜR IHRE INTERESSEN AUS. DIE ARBEIT VON TRANSPARENCY DEUTSCHLAND GEFÄLLT MIR, WEIL DIE ORGANISATION AUF MISSTÄNDE AUFMERKSAM MACHT UND ZUM UMDENKEN BEWEGEN WILL. DAZU STEHE ICH UND DARAN WILL ICH MITWIRKEN.«

Jonathan Staude, Mitglied,
Mathematiker aus Köln

Sie kann auch die Manipulation wissenschaftlicher Arbeit oder ihrer Publikation bewirken.

Die vier Sitzungen des Jahres 2013 dienten im Wesentlichen der Recherche und Meinungsbildung über Problemlage, mögliche Handlungsfelder und Aktivitäten und Kooperationspartner. Die Arbeitsgruppe bearbeitete die Themen Wissenschaftliche Politikberatung, Verhaltenscodizes, Checkliste zu Interessenkonflikten bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Abbau der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen.

Ein besonders problematischer Bereich der Wissenschaft sind Intransparenzen bei der Verwendung sogenannter »privater Drittmittel«. Es gibt Geheimabkommen, wie an der Universität Köln, die einen Vertrag mit der Bayer Health-care AG zur Förderung der Krebs- und Herzforschung abgeschlossen hat, den sie hartnäckig

Auch viele Medien - online wie offline - nahmen den Launch des Portals zum Anlass, Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe konnten sich im Jahr 2013 bereits an öffentlichen Veranstaltungen zum Thema beteiligen. Auch Kontakte zur Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.), zu Transparency-Chaptern anderer Länder, zu Regionalgruppen von Transparency Deutschland, zu Informationsfreiheitsbeauftragten sowie zum Hochschullehrerbund wurden aufgenommen.

Politische Bildung

In der Arbeitsgruppe Politische Bildung vernetzen sich lokale Bildungsprojekte von Transparency Deutschland bundesweit. Im Jahr 2013 gab es sehr aktive Bildungsinitiativen in Berlin und Bremen. In Berlin führten Transparency-Mitglieder rund um den Initiator Dr. Uwe Bach fünf Veranstaltungen für Schülergruppen aus zwei Oberstufenzentren und zwei Gymnasien sowie eine Veranstaltung für Referendarinnen und Referendare im Schulpraktischen Seminar zu den Themen »Korruption« und »Lobbyismus« durch. Die Diskussionen waren lebhaft und das Echo bei Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften sowie Referendarinnen und Referendaren war sehr positiv. Mehrere Lehrkräfte haben bereits nach der Möglichkeit weiterer Veranstaltungen gefragt.

In Bremen hat eine Gruppe von Transparency-Mitgliedern und Lehrkräften rund um Wolfgang Frauenkron, Leiter der Regionalgruppe Bremen, ihre modulare Unterrichtseinheit »Sport und Korruption« mit umfangreichen Lehrmaterialien in der 8. Klasse Wirtschaft eines Gymnasiums weiter erprobt. Dabei wurde deutlich, dass der Fokus auf einzelne Module, die in Projektgruppen und Doppelstunden durchgeführt werden können, besonders erfolgversprechend ist. Zudem vereinbarte die Bremer Gruppe mit dem Bremer Landesinstitut für Bildung, im Jahr 2014 eine Fortbildung für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräfte anzubieten.

Allen, die sich für die Arbeit an Schulen so beherzt engagiert haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Wissenschaftlicher Arbeitskreis

Die im Herbst 2012 vom wissenschaftlichen Arbeitskreis herausgegebene Publikation »Was ist Korruption? Begriffe, Grundlagen und Perspektiven gesellschaftswissenschaftlicher Korruptionsforschung.« wurde beworben und Rezensenten angefragt. Die Rückmeldung an die Editoren war durchweg positiv.

Das Jahrestreffen des Arbeitskreises wurde von Prof. Dr. Peter Graeff, Dr. Sebastian Wolf und Stephanie Thiel als zweitägige Veranstaltung im Juni 2013 in Frankfurt organisiert. Neben den Mitgliedern des wissenschaftlichen Arbeitskreises waren auch Gastrednerinnen und Gastredner eingeladen. Nach dem gemeinsamen Austausch über eigene Forschungsprojekte und Aktivitäten stellte Dr.-Ing. Peter Büttner, damaliger kommissarischer Leiter der Arbeitsgruppe

Wissenschaft von Transparency Deutschland, die Arbeit der Arbeitsgruppe vor. Die Sportbeauftragte von Transparency International, Sylvia Schenk, referierte zum Thema »Korruption im Sport« und zeigte die engen Verflechtungen von Politik, Wirtschaft, Medien und Sport auf. Dr. Niels Grüne vom Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck stellte in seinem Vortrag »Ein Produkt der Moderne? Konzepte und Erträge historischer Korruptionsforschung« unterschiedliche Betrachtungsweisen und Paradigmen vor, die in der historischen Korruptionsforschung verwendet werden.

Alle Themen wurden von den Teilnehmenden lebhaft diskutiert. Am zweiten Tag fanden interne Überlegungen und Themenfindungen für neue Projekte statt. Das Treffen endete mit einem Vortrag von Prof. Dr. Rainer Dombois zum Thema »Endemische Korruption – Beobachtungen in Kolumbien«. Aus dem Treffen des wissenschaftlichen Arbeitskreises sind bereits weiterführende Projektvorhaben entstanden: Dr. Niels Grüne und Prof. Dr. Peter Graeff haben ein Kooperationsprojekt mit einem dänischen Forscherteam aufgenommen.

Darüber hinaus wurde beschlossen, ein neues Publikationsprojekt zum Thema »Korruption und Moral« zu beginnen. Abweichend von den vorherigen Publikationen soll dieses Projekt als Zeitschriftenedition veröffentlicht werden. Ein entsprechender »Call for Papers« wurde im Dezember 2013 versandt.

POLITISCHE BILDUNG:
CONSTANZE BERENDTS

WISSENSCHAFTLICHER
ARBEITSKREIS:
DR. PETER GRAEFF
DR. SEBASTIAN WOLF

03

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Baden-Württemberg

BADEN-WÜRTTEMBERG:
NICOLE PEREZ

BERLIN/BRANDENBURG:
DR. ASTRID WOKALEK

Die Regionalgruppe traf sich im Jahr 2013 dreimal in Stuttgart, wobei jedes dieser Treffen einem Leitthema gewidmet war. Den Auftakt machte Klaus Kunze, ehemaliger Staatsanwalt in Berlin und Senior Manager bei der Daimler AG, der aus seinem breiten Erfahrungsschatz zum Thema »Hinweisgebersysteme« berichtete. Im Sommer war Dr. Michael Wiehen, ehemaliger Ethikbeauftragter von Transparency Deutschland, in Stuttgart zu Gast, um den von ihm entwickelten und in der Vergangenheit erfolgreich angewendeten Integritätspakt vorzustellen. Das letzte Treffen im Jahr 2013 stand dann im Zeichen der in Stuttgart implementierten Kontrollmechanismen zur Vermeidung von Korruption, die vom Leiter des Rechnungsprüfungsamtes Stuttgart Manfred Blumenschein in einem sehr interessanten Fachvortrag erläutert wurden.

Die Regionalgruppe hat die Ergebnisse der im Jahr 2012 durchgeführten Umfrage bei den baden-württembergischen Kommunen zur Einsetzung eines Antikorruptionsbeauftragten und dem Vorhandensein von verbindlichen Regelwerken zur Korruptionsprävention mit der Checkliste für »Self-Audits« zur Korruptionsprävention in Kommunen an die Städte und Kommunen versandt. Bei der Korruptionsprävention besteht generell Verbesserungsbedarf in den baden-württembergischen Kommunen. Da die Stadt Stuttgart hier landesweit eine Vorreiterrolle einnimmt, war der Vortrag von Herrn Blumenschein auch ein Auftakt für die Vernetzung von Antikorruptionsbeauftragten in den Kommunen, die die Regionalgruppe mittelfristig vorantreiben will.

Im Oktober 2013 veranstaltete die Regionalgruppe in Kooperation mit den Regionalgruppen München und Metropolregion Nürnberg ein Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte in Ulm. Nicht nur das Feedback dieses

Seminars war äußerst positiv; für einige Neumitglieder war es der Startschuss für die aktive Mitarbeit in der Regionalgruppe.

Wie bereits in den Vorjahren gab es auch im Jahr 2013 eine Reihe von Vortrags- und Presseterminen. Zum Jahresauftakt folgte Nicole Perez der Einladung zur Vorstellung von Transparency International an der Hochschule Furtwangen. Berta van Schoor referierte an der Hochschule Wilhelms- haven über die Arbeit Transparency International und die Verantwortung von Unternehmen bei der Vermeidung von Korruption. Zudem hielt sie einen Vortrag an der Universität Mannheim und gab dem Radiosender Die Neue 107,7 ein Interview.

Die Arbeit der ersten grün-roten Landesregierung verfolgte die Regionalgruppe im Rahmen des Projekts »Politik-Monitoring«, welches die im Koalitionsvertrag festgelegten Vorhaben auf Umsetzung überprüft. Vor allem die Einführung des angekündigten Informationsfreiheitsgesetzes lässt noch immer auf sich warten, womit die Arbeit der Landesregierung zumindest in diesem Punkt hinter den Erwartungen der Regionalgruppe zurück bleibt.

Berlin/Brandenburg

Auch in diesem Jahr hat sich die Regionalgruppe zu verschiedenen Vortragsthemen in der Geschäftsstelle getroffen. Am 19. Februar 2013 stellte Dieter Hüsgen, Leiter der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit, zusammen mit Arbeitsgruppen-Mitglied Gerhard Guldner die Arbeit von Transparency Deutschland zum Thema »Informationsfreiheit« vor. Im April 2013 war Christopher Ramm vom Internetportal »abgeordnetenwatch.de« zu Gast und stellte das Portal, über das Bürgerinnen und Bürger Anfragen an Bundestagsabgeordnete über

DIE REGIONALGRUPPEN IN DEUTSCHLAND



das Internet stellen können, vor. Am 4. September 2013 analysierte Helena Peltonen-Gassmann die Relevanz von bundesweiten Volksentscheiden, was zu einer spannenden Diskussion führte. Im November 2013 referierte Janina Kalle, Leiterin der Arbeitsgruppe Medien, zum Thema »Transparenz in den Medien« mit einem besonderen Akzent auf der Trennung von PR und Journalismus.

Das jährliche Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte fand am 31. August 2013 in Berlin statt. Transparency-Mitglied Martin Eggers leitete wie in den Jahren zuvor die Diskussion »Was ist Korruption?« und ließ die Teilnehmenden anhand von konkreten Fällen die Definition diskutieren. Das im Juni 2013 neu gewählte Vorstandsmitglied Peter

Conze stellte Transparency Deutschland vor und stand für Fragen der Teilnehmenden zur Arbeitsweise zur Verfügung. Dr. Gisela Rüß, Vorstandsmitglied von Transparency Deutschland, stellte in ihrer Funktion als Leiterin der Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung die Ziele der Gruppe vor. Die vielfältigen Möglichkeiten zur Mitarbeit

**BREMEN:
WOLFGANG FRAUENKRON**

bei Transparency Deutschland erläuterte Sylvia Stützer, Referentin der Geschäftsstelle. Auch Dieter Hüsgen hatte erneut Gelegenheit, für eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit zu werben.

Die Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule im Bereich Gesundheit und Pflege konnte fortgesetzt und qualitativ erweitert werden. Dr. Wolfgang Wodarg, Vorstandsmitglied und Leiter der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen von Transparency Deutschland, stellte in Seminaren die Arbeit von Transparency Deutschland zum Thema »Gesundheit« vor.

Konkret angelaufen sind die Aktivitäten der Schulprojektgruppe, die auf Initiative von Transparency-Mitglied Uwe Bach Ende 2012 gegründet und seitdem von ihm koordiniert wird. Die Projektgruppe bietet bundesweit an Schulen Vorträge und Diskussionen zum Thema Transparenz und Korruptionsbekämpfung an. Fünf Veranstaltungen mit Schülergruppen aus zwei Oberstufenzentren und zwei Gymnasien sowie eine Veranstaltung für Referendarinnen und Referendare im Schulpraktischen Seminar zu den Themen »Korruption« und »Lobbyismus« konnten bereits stattfinden.

Bremen

Die Steuergruppe trifft sich im Schnitt alle drei bis vier Wochen, um die Arbeit der Arbeitsgruppen innerhalb der Regionalgruppe zu koordinieren, Veranstaltungen und Regionalgruppentreffen vorzubereiten, aktuelle Probleme zu erörtern und neue Schwerpunkte zu initiieren. Diese Treffen sind prinzipiell öffentlich, so dass jederzeit Interessierte dazustoßen können.

Arbeitsgruppe »Bildung«

Die Arbeitsgruppe hat sich die Aufgabe gesetzt, die Korruptionsthematik in den Bildungsbereich einzubringen. Dazu hat sie ihre Unterrichtseinheit »Sport und Korruption« weiter erprobt und Bremer Referendarinnen und Referendaren sowie Studierenden vorgestellt. Bei der Erprobung im Unterricht wurde deutlich, dass statt großer Projekte besser Module entwickelt werden sollten, die in Projektwochen und in Doppelstunden eingesetzt werden können.

Mit dem Bremer Landesinstitut für Bildung wurden Gespräche über eine Fortbildung für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräfte geführt, die die Arbeitsgruppe zusammen mit der Zentralen Antikorruptionsstelle (ZAKS) und der Antikorrup-

tionsbeauftragten für Bildung anbieten will. An der Hochschule Bremen wurden im Bereich Wirtschaftsethik zwei Gastvorträge über Korruptionsbekämpfung gehalten.

Themenfeld »Informationsfreiheitsgesetz«

Nachdem sich die Regionalgruppe mit der Humanistischen Union und Mehr Demokratie zur »Bremer Initiative für Informationsfreiheit und Transparenz« zusammengeschlossen hat, entwickelte das Bündnis einen eigenen Gesetzentwurf, um die Bremer Parteien zum schnelleren Handeln zu veranlassen. Dieser Gesetzentwurf wurde der IFG-Beauftragten und den im Parlament vertretenen Parteien zugeleitet. Mit CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde bereits darüber diskutiert. Nun bleibt zu hoffen, dass der Entwurf im Parlamentsausschuss für Wissenschaft, Medien und Informationsfreiheit behandelt wird. Um das geltende Bremer Informationsfreiheitsgesetz zu testen und seine Grenzen deutlich zu machen, hat die Regionalgruppe zu verschiedenen Fragen Auskunft von den zuständigen Behörden verlangt.

Veranstaltungen

Anlässlich des BGH-Urteils zur Strafbarkeit von Korruption bei niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten hat die Regionalgruppe am 08. April 2013 die Veranstaltung »Was dürfen Ärzte und was nicht?« durchgeführt. Beteiligt waren die Organisation »Mein Essen zahlt ich selbst - Initiative unbestechlicher Ärzte und Ärztinnen (MEZIS)«, die Bremer Ärztekammer und zahlreiche Ärztinnen und Ärzte.

Am 30. September 2013 hat die Regionalgruppe zusammen mit Mehr Demokratie und der Humanistischen Union eine Veranstaltung zum Informationsfreiheitsgesetz unter dem Titel »Der Bürger fragt und der Staat antwortet?« durchgeführt. Hier wurden die von der Regionalgruppe gestellten Anfragen und der Transparenzgesetzentwurf vorgestellt.

Anlässlich des Internationalen Antikorruptionstags hat die Regionalgruppe am 29. November 2013 das Thema »Demokratie oder Lobbykratie?« gewählt und eine Podiumsdiskussion mit Sven Giegold, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament, Arno Gottschalk, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, und Tobias Kempermann, Leiter der EWE-Konzernvertretung in Berlin, unter Moderation von Ricarda Bauch, Referentin der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland, veranstaltet.

Zusammenarbeit

Das Kooperationsnetz der Regionalgruppe hat sich im letzten Jahr beträchtlich erweitert. Nicht nur hat sich mit der Arbeit zum Informationsfreiheitsgesetz die Kooperation mit Mehr Demokratie und Humanistischer Union bewährt und gefestigt. Die Regionalgruppe moderierte auch die Veranstaltung der Patientenstelle Bremen zu »Korruption im Gesundheitswesen« am 24. Oktober 2013. Vorzüglich sind auch die Beziehungen zur Zentralen Antikorruptionsstelle (ZAKS), mit der die Regionalgruppe bei Vorträgen an Hochschulen und bei Regionalgruppentreffen zusammenarbeitet.

Frankfurt/Rhein-Main

Das erste Treffen der Regionalgruppe am 29. Mai 2013 fand in den neuen Räumlichkeiten der Stiftung Citoyen statt. Auf der Agenda des Treffens standen die Planungen einer überregionalen Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der IHK Wiesbaden anlässlich des Jubiläums »20 Jahre Transparency International«. Ein Mitglied der Regionalgruppe berichtete ausführlich über die gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem Society for International Development (SID) Chapter Frankfurt e.V. zum Thema »Illegale Gelder und Vermögen aus Krisen- und Entwicklungsländern - Vermögensrückführung zum Nutzen von Entwicklung« am 22. Februar im Hause von PricewaterhouseCoopers (PwC) in Frankfurt am Main.

Nach den Sommerferien war am 22. August 2013 das traditionelle Treffen »open air« am Schwedlersee geplant. Dieses Treffen – wie immer ganz ohne Tagesordnung – wird gerne von Interessentinnen und Interessenten genutzt, um sich über Transparency International und die Arbeit der Regionalgruppe zu informieren.

Am 19. September 2013 präsentierte die Regionalgruppe in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) Wiesbaden in den Räumen der IHK eine überregionale Veranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum von Transparency International. Nach der Begrüßung durch den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der IHK Dr. Friedemann Götting-Biwer, begrüßte Transparency-Vorstandsmitglied Gabriele C. Klug die Gäste. Hoda Salah, Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin, berichtete über die Situation in Ägypten nach dem arabischen Frühling. Insbesondere beleuchtete sie die sich ändernden politischen Verhältnisse, die Muslimbruderschaft sowie Korruption und Machtmissbrauch. Oberstaatsanwalt Michael Loer

von der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main stellte seine Behörde und die Korruptionsbekämpfung von der Vergangenheit bis heute vor. Rechtsanwalt Dr. Christian Rathgeber von der Kanzlei Knierim/Huber Rechtsanwälte Mainz brachte Überlegungen zur Public Compliance mit der Frage »Eine neue Ethik für den zweiten Sektor?« ein. Abschließend berichtete der Unternehmensberater und Gründungspartner von Pohlmann & Company aus Frankfurt am Main Thomas Lüthi, über seine Erfahrungen als ehemaliger Leiter und Mitarbeiter in den Compliance-Abteilungen von Siemens, MAN und Ferrostaal. Hier war er maßgeblich an der Aufarbeitung der jeweiligen Vorfälle und der daraufhin erfolgten Reorganisation der Unternehmen beteiligt.

Für die Herbstsitzung der Regionalgruppe am 24. Oktober 2013 konnten Heike van Gend-Denzer und Klaus Leiner von der Kanzlei für Sicherheitsfragen Leiner-Denzer GmbH gewonnen werden. Die Kanzlei ist auf Sicherheitsfragen spezialisiert und konzentriert sich auf die Bereiche Sicherheitsanalyse, Wirtschaftskriminalität sowie IT- und Kommunikationssicherheit. Die Referierenden des Abends haben ausführlich über ihre bisherigen Erfahrungen und Herausforderungen berichtet und natürlich auch einige anschauliche, spektakuläre Fälle geschildert. Im Lichte der aktuellen Ereignisse und Entwicklungen zur NSA, Prism, Tempora, Whistleblowing und Edward J. Snowden wurde im Anschluss an den Vortrag mit den Referierenden noch lange diskutiert. Diese Veranstaltung war sowohl in Bezug auf die Anzahl der Gäste als auch aufgrund des großen Interesses außergewöhnlich erfolgreich.

Zum Abschluss des Jahres traf sich die Regionalgruppe am 12. Dezember 2013 ein letztes Mal zu einer kleinen vorweihnachtlichen Feier. Ganz ohne Tagesordnung und Protokoll, bei einem gemütlichen Zusammensein.

Hamburg/Schleswig-Holstein

Die Begleitung der Umsetzung des Transparenzgesetzes in Hamburg nahm im vergangenen Jahr breiten Raum ein. Sowohl im Beirat der Stadt, als auch im Bündnis der Initiative »Transparenz schafft Vertrauen« wurden die aktuellen Fragen zur Gebührenordnung und zur Einbeziehung der mittelbaren Staatsverwaltung diskutiert. Der Versuch, die Erweiterung des Geltungsbereiches des Gesetzes im Sinne der Regionalgruppe voranzubringen, scheiterte trotz Gesprächen mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt und mit der Spitze der Regierungsfraktion.

FRANKFURT/RHEIN-MAIN:

JOACHIM WALTHER

ANDREAS FRANZ

HAMBURG/SCHLESWIG-HOLSTEIN:

GERD LEILICH

METROPOLREGION NÜRNBERG:
MARION NOBBE

MÜNCHEN:
DR. MICHAEL HEISEL

Im April 2013 fand eine Veranstaltung für Journalisten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Journalistenverband (DJV) statt, die gut besucht war. Es wurde das Hamburger Transparenzgesetz vorgestellt, welches interessante Möglichkeiten für die journalistische Recherche eröffnet. Stefan Endter, Geschäftsführer des DJV-Landesverbandes Hamburg, analysierte die im Gesetz verankerten Anspruchsgrundlagen. Dr. Manfred Redelfs, Vorstandsmitglied des netzwerk recherche, erläuterte die journalistische Arbeit und Recherche e.V. mit Hilfe des Hamburger Transparenzgesetzes in der Praxis.

Großes Interesse fand eine Vortragsveranstaltung am 26. Juni 2013 unter dem Titel »Korruption in Hamburg«, bei der Gerd Leilich über die Arbeit der Regionalgruppe und der Leiter des Dezernats Interne Ermittlungen (D.I.E.) der Polizei Hamburg Joachim Schwanke über die Situation in Hamburg referierten und diskutierten.

Im November 2013 gab es ein ausführliches Gespräch in der Handelskammer Hamburg über das Hamburger Compliance-Zertifikat. Die Handelskammer versucht, die Unternehmen anzuregen, die neutrale Zertifizierung zu nutzen und empfand die Anregungen der Regionalgruppe als hilfreich.

Die Regionalgruppe traf sich zudem zu einem Workshop über die Organisation der Zusammenarbeit, der vielfältige Anregungen brachte, die inzwischen umgesetzt werden konnten.

Metropolregion Nürnberg

Die Metropolregion Nürnberg wächst und die gleichnamige Regionalgruppe wächst mit – prozentual sogar stärker. Nach der Gründung Ende des Jahres 2012 wurde Mitte des Jahres 2013 mit Marion Nobbe die erste Leiterin der Regionalgruppe gewählt.

Zu fünf Vortrags- und Diskussionsabenden kam erfreulicherweise jeweils eine zweistellige Zahl von Mitgliedern und Interessierten. Berichtet wurde bei diesen Treffen über die Teilnahme am Führungskreistreffen, an der Mitgliederversammlung und am internationalen Annual Membership Meeting in Berlin. Im November gab Sylvia Stützer in Nürnberg einen Einblick in Freuden und Tücken des Tagesgeschäfts in der Transparency-Geschäftsstelle.

Bei den Vorträgen sorgte das für Nürnberg zuständige Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild für einen lebhaften Auftakt. Unter den Stichworten

»Spieler, Weggucker und Redliche« schärfte er den Blick für Antikorruptionsmaßnahmen in Wirtschaft und Finanzwelt. Auf Einladung der IHK zu Nürnberg folgte ein Treffen, bei dem die Regionalgruppe in einem offenen Gesprächsklima Gemeinsamkeiten und Trennendes im Kontext des IHK-Leitbildes Ehrbarer Kaufmann ausloten konnten. Dr. Hedda von Wedel, stellvertretende Transparency-Vorsitzende, berichtete im Sommer über die Forderungen für eine integere Republik und löste damit eine rege Diskussion aus. Transparency-Mitglied Dipl.-Psychologin Jamie-Lee Campbell stellte im Herbst wichtige Ergebnisse aus ihrer so gar nicht trockenen Korruptionsforschung vor. Im November gelang es Transparency-Mitglied Rechtsanwalt Dr. Thomas Troidl die Regionalgruppe beim eher sperrigen Thema »Akteneinsicht im Verwaltungsrecht« durch sein eigenes Engagement regelrecht mitzuziehen. Durch den neuen Treffpunkt in der Stadtmitte wird nach den Veranstaltungen gern beim bevorzugten Getränk in gastwirtschaftlicher Umgebung weiterdiskutiert.

Vor einer gut 20-köpfigen Delegation von chinesischen Staatsanwälten aus der Provinz Ningxia sowie weiteren Kommunen hielt das aktive Mitglied der Arbeitsgruppe Strafrecht Dr. Peter Fries einen grundlegenden Vortrag über Transparency Deutschland und konnte den wissbegierigen Gästen anschließend den Besuch des Memoriums Nürnberger Prozesse mit dem berühmten Schwurgerichtssaal 600 sowie Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der hiesigen Justiz ermöglichen.

Rückenwind gaben der Regionalgruppe im Jahr 2013 größere Berichte in der Zeitschrift der IHK für Mittelfranken und in den auflagenstarken Nürnberger Nachrichten. Diese Resonanz führte zu etlichen informellen Gesprächen sowie Anbahnungen für Vorträge. Der Vorschlag der Regionalgruppe, die Informationsfreiheitsatzung der Stadt Nürnberg im Internet prominenter zu platzieren, fand positive Resonanz und schnelle Umsetzung.

In Abstimmung mit München hat sich die Regionalgruppe Metropolregion Nürnberg an der Konzeption, Realisation und Auswertung der an die Parteien verschickten Wahlprüfsteine im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern beteiligt. Auch das Einführungsseminar im Herbst in Ulm hat Nürnberg unterstützt.

München

Die Regionalgruppe München traf sich im Jahr 2013 alle zwei Monate. Es nahmen jeweils zehn

bis zwanzig Mitglieder und Gäste teil. Neben Berichten über das Vereinsleben und über internationale Transparency-Themen, wurden Referate zu speziellen Themen gehalten. Dr. Heike Mayer berichtete über den Stand der Informationsfreiheitsgesetze und -satzungen im Bund und in Bayern. Sylvia Stützer stellte die Arbeit der Geschäftsstelle in Berlin vor. Caspar von Hauenschild schilderte, welche Rolle Korruption in der europäischen Finanzkrise spielt und was Transparency Deutschland zum Thema beizutragen hat.

Im Juni 2013 veranstaltete die Regionalgruppe in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Christoph Lütge vom Institut für Wirtschaftsethik der TU München einen Hochschultag für Studierende naturwissenschaftlicher Fächer. Als Gastredner konnte Dr. Theo Waigel, der frühere Bundesfinanzminister gewonnen werden. Weitere Rednerinnen und Redner kamen von MAN, einem großen mittelständischen Unternehmen und natürlich aus der Regionalgruppe. Im September waren Mitglieder der Regionalgruppe an zwei Tagen für jeweils vierstündige Veranstaltungen bei den Wirtschaftsphilologen in Passau zu Gast. Die Wirtschaftsphilologen sind eine Vereinigung bayerischer Lehrerinnen und Lehrer, die Wirtschaft und Recht lehren. Die Resonanz war sehr gut. Darauf aufbauend hat die Regionalgruppe Chancen, das Thema »Korruption« auch in Schulen unterzubringen.

Im Oktober beteiligte sich die Regionalgruppe am Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte in Ulm. Ebenfalls im Oktober kam eine Delegation von etwa zwanzig hochrangigen chinesischen Juristinnen und Juristen nach München, die sich über die Arbeit von Transparency International im Allgemeinen und speziell über Methoden der Korruptionsbekämpfung informieren wollten.

Anlässlich der Landtagswahl in Bayern wurden Wahlprüfsteine erstellt und an die Parteien geschickt. Anschließend wurden die Antworten ausgewertet und veröffentlicht. Beim diesjährigen Tollwood-Festival war die Regionalgruppe mit einem Stand vertreten. Prof. Lütge vom Institut für Wirtschaftsethik nahm einige Stunden an dem Stand teil.

Im Vorjahr hatte sich die Regionalgruppe vorgenommen, im Jahr 2013 kleine Arbeitsgruppen zu speziellen Themen zu bilden. Die Arbeitsgruppen sollten dann unabhängig von den Gruppentreffen arbeiten und so mehr der Mitglieder aktiv einbinden. Das ist gelungen und hat sich bewährt, wie die Beispiele oben zeigen.

Allen Mitgliedern und Freunden, die die Regionalgruppe in diesem Jahr unterstützt haben, sei ganz herzlich gedankt. Insbesondere zu danken ist denjenigen, die sich bei den verschiedenen Aktionen unserer Gruppe engagiert haben. Die Vorbereitung solcher Aktionen bedeutet viel Arbeit und die Durchführung erfordert auch Courage, sich vor eine Gruppe von Studierenden, Lehrkräften oder Juristinnen und Juristen zu stellen und deren kritische Fragen zu beantworten. Ganz herzlichen Dank an diejenigen, die das auf sich genommen und erfolgreich durchgeführt haben.

Niedersachsen

Im Berichtsjahr begleitete die Regionalgruppe Niedersachsen die ersten Aktivitäten der neuen Landesregierung für einen neuen, offenen Umgang mit staatlichen Informationen. Hilfreich waren dabei die anlässlich der Landtagswahlen in Niedersachsen im Januar 2013 veröffentlichten Wahlprüfsteine. Unter anderem hatten hier SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zugesagt, in der nächsten Legislaturperiode eine Initiative für ein Landesinformationsfreiheitsgesetz zu starten. Niedersachsen verfügt als eines von fünf Bundesländern weiterhin über kein Informationsfreiheitsgesetz.

Im Februar begrüßte Transparency Deutschland die im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vereinbarten Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes, das sich am Hamburger Transparenzgesetz orientieren soll. Die bisherige Entwicklung macht deutlich, dass zwar daran gearbeitet wird. Doch die Priorität könnte deutlich höher sein. Daher begann die Regionalgruppe mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen an einem eigenen Entwurf für ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild zu arbeiten.

Im Rahmen der Wahlprüfsteine sprachen sich beispielhaft auch alle befragten Parteien gegen Ämterpatronage zur Absicherung des parteipolitischen Einflusses aus. Die Presseberichterstattung im Frühjahr 2013 zu Postenvergaben in verschiedenen Ressorts zeigte dagegen die neue Regierungskoalition in dem gleichen negativen Bild wie die alte Koalition in den Monaten vor der Wahl.

Die Arbeit mit den Antikorruptionsbeauftragten der größten Städte in Niedersachsen wurde fortgesetzt. Die Verknüpfungen unter den meist auf

NIEDERSACHSEN:
DENNIS SCHWARZ

RHEINLAND:
ANDREAS RIEGEL

RUHRGEBIET-WESTFALEN:
DR. JAN TIBOR LELLEY

sich allein gestellten Antikorruptionsbeauftragten verstärkten sich. Es gab wiederholt positive Rückmeldungen dafür, dass Transparency Deutschland diese Plattform organisiert und die Antikorruptionsbeauftragten unterstützt.

Rheinland

Das Jahr 2013 war in der Regionalgruppe Rheinland wieder durch vielfältige Tätigkeiten und vielfache Medienpräsenz gekennzeichnet. Die Regionalgruppe hat sich im Januar und im Juli in Köln getroffen. Während beim Treffen im Januar die Wahl des Regionalgruppenleiters und die Festlegung der wesentlichen Themen für das laufende Jahr anstanden, konnte für die Veranstaltung im Juli der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschaty gewonnen werden, der über seine Initiativen im Bundesrat für die Einführung eines Unternehmensstrafrechts und einer Verschärfung des § 108e StGB berichtete.

Zentrale Themen während des gesamten Jahres waren der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) und die gemeinsame Kampagne »NRW blickt durch« von Transparency Deutschland, dem Bund der Steuerzahler NRW und Mehr Demokratie NRW für die Einführung eines Transparenzgesetzes. In Sachen BLB NRW wurden Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen, den Piraten und der FDP zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt. Zudem erhielt der BLB NRW die Möglichkeit, der Regionalgruppe sein Korruptionspräventionskonzept vorzustellen.

Mit einer Pressekonferenz am 18. April 2013 wurde die Initiative »NRW blickt durch« zur Einführung eines Transparenzgesetzes in NRW aus der Taufe gehoben. Die Regionalgruppe war mit großem Einsatz an der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs einschließlich Begründung beteiligt.

Andreas Riegel hat in seiner Funktion als Mitglied der Arbeitsgruppe Vergabe und als Vertreter vor Ort mit Dr. Helmut Brocke, Leiter der Arbeitsgruppe Kommunen, an schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen zur Novellierung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW mitgewirkt und an einer Verbändeanhörung im Innenausschuss des Landtags NRW zum Thema teilgenommen.

Des Weiteren war die Regionalgruppe beim Netzwerk Korruptionsprävention der Bundesbehörden und im Expertenkreis Anti-Fraud von PricewaterhouseCoopers (PwC) vertreten.

Vortragsveranstaltungen zum Thema »Korruptionsbekämpfung« fanden unter anderem bei der Volkshochschule Neuss, dem Verwaltungsvorstand der Stadt Hagen, dem Bundesverband der Werbeartikellieferanten und beim 12. Kapitalmarktforum der Darlehenskasse Münster statt. Bei der Fraktion DIE LINKE in der Städteregion Aachen wurde im Rahmen der Festlegung der kommunalen Wahlkampfschwerpunkte ein Impulsvortrag gehalten. Die Regionalgruppe war mit lokalen Themen der Korruptionsprävention vielfach in den Medien präsent: Dazu gehören ein Artikel in der WELT zur Korruptionsprävention in NRW und Beiträge im WDR.

Im Oktober hat die Regionalgruppe am Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte in Bottrop mitgewirkt und hatte Gelegenheit, die Aktivitäten der Regionalgruppe vorzustellen.

Ruhrgebiet-Westfalen

Durch Beschluss des Vorstands auf der Sitzung vom 20. April 2013 wurden die bisherigen Regionalgruppen »Ruhrgebiet« und »Ostwestfalen-Lippe« fusioniert. Für einen neuen Namen wurden drei Alternativen vorgeschlagen. Einstimmig entschieden sich die Mitglieder beim Regionalgruppentreffen am 15. Juli 2013 für den neuen Namen »Ruhrgebiet-Westfalen«. Flächenmäßig umfasst die so neu entstandene Regionalgruppe fast die Hälfte des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Gemeinsam mit der Regionalgruppe »Rheinland« veranstaltete die Regionalgruppe am 19. Oktober 2013 ein Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte, welches auf große Resonanz stieß. Die ehemalige Lohnhalle der Zeche Arenberg bot eine angenehme Atmosphäre. Schon während der Vorträge entwickelten sich durch die sehr interessierten Teilnehmenden rege Diskussionen. Bei der Vorstellung der Arbeitsgruppe »Staatliche Entwicklungszusammenarbeit« entfachte deren Leiterin Sieglinde Gauer-Lietz zum Thema »Hinweisgeberschutz in der Antikorruptionsstrategie des Entwicklungsministeriums« eine spannende Diskussion. Dr. Christian Lantermann, der im Vorstand für die Regionalgruppe »Ruhrgebiet-Westfalen« verantwortlich ist, stellte Transparency Deutschland vor. Auf großes Interesse stießen dabei die von Transparency Deutschland geforderten Karenzzeiten für den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft.

In der Vergangenheit verhielten sich leider angesprochene Handwerkskammern bei Vorschlägen

der Regionalgruppe zu gemeinsamen Veranstaltungen zum Thema »Korruptionsprävention in der Wirtschaft« eher zurückhaltend. Weiterhin bleiben auch die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet und Westfalen Ansprechpartner für die Regionalgruppe.

Sachsen

Im Juli 2013 hat die Regionalgruppe Sachsen einen weiteren Workshop mit den sächsischen Kommunen in Leipzig durchgeführt. Themenschwerpunkt war diesmal die Vergabepraxis in den Kommunen. Referierende kamen diesmal unter anderem aus der Stadtverwaltung der Stadt Leipzig.

Die Regionalgruppe Sachsen wurde durch den Vorstand von Transparency Deutschland im Juni 2013 beauftragt, einen Transparenzfragebogen zu erarbeiten, der Grundlage für eine gemeinsam mit dem VHW Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. geplante bundesweite Befragung der Großstädte sein soll. Hierzu wurde auf Regionalgruppentreffen ein Vorentwurf diskutiert und verabschiedet. Im Anschluss daran wurde er den Regionalgruppen, der Arbeitsgruppe Kommunen und Ulrike Löhr, zuständig für den Kontakt zu den korporativen kommunalen Mitgliedern von Transparency Deutschland, übersandt. Für den regen Rücklauf von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen sei an dieser Stelle gedankt. Der Fragebogen wird gegenwärtig überarbeitet und soll in Kürze fertig gestellt sein.

Auch im Jahr 2013 gab es eine Reihe von Medienanfragen, die zumeist regionale Themen in Dresden und Leipzig betrafen.

Anfang August 2013 wurden an die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aller im Bundestag vertretenen Parteien aus Sachsen anlässlich der Bundestagswahl Wahlprüfsteine versandt. Gefragt wurde unter anderem, ob sie sich für die gesetzliche Verankerung einer Karenzzeit von Ministern und Staatssekretären bei Ausscheiden aus dem Regierungsamt und Wechsel in eine hochdotierte Position in der Wirtschaft einsetzen werden und ob sie in der kommenden Legislaturperiode eine Verabschiedung eines Straftatbestands zur Abgeordnetenbestechung unterstützen werden. Der Rücklauf war beachtlich, nur von den CDU-Kandidatinnen und -kandidaten blieben jegliche Stellungnahmen aus. Fast alle befürworteten eine Novellierung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung und die Ratifizierung

der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) durch Deutschland. Eine betragsgenaue Offenlegungspflicht von Nebeneinkünften lehnte allein die FDP weiterhin ab. Dasselbe gilt für die Einführung einer Karenzzeit für Ministerinnen und Minister, um einen »Drehtüreffekt« zu vermeiden.

Gegen Ende des Jahres wurde in der Regionalgruppe der Grundsatzbeschluss gefasst, mit der Nichtregierungsorganisation »Mehr Demokratie e.V.« ein Bündnis für eine Einführung eines Transparenzgesetzes in Sachsen einzugehen. Hierzu haben bislang zwei Koordinierungstreffen stattgefunden.

Thüringen/Sachsen-Anhalt

In Thüringen/Sachsen-Anhalt ging es im Jahr 2013 darum, die Fortführung der Regionalgruppe zu sichern, was letztlich nach einiger Anstrengung auch gelang.

Sebastian Händschke hatte sich bereit erklärt, die kommissarische Leitung wahrzunehmen und eine Nachfolge zu finden. Ziel war es, eine regional vertorte und langfristig eingebettete Persönlichkeit für die Position der Regionalgruppenleitung zu finden. Gegen Ende des Jahres war die Suche dann letztlich erfolgreich: Jan Lemanski und Andrea Priebe aus Erfurt möchten die Leitung der Regionalgruppe im Jahr 2014 übernehmen und die Kontakte und Kooperationen von Sebastian Händschke fortführen.

So führte Sebastian Händschke verschiedene Gespräche mit ehemaligen und potentiellen Koalitionspartnern wie dem Ethik-Zentrum Jena, der Initiative Arbeiterkind.de in Jena und einer regionalen Stipendiatengruppe der Stiftung der deutschen Wirtschaft (SDW) sowie einem Vertreter des Thüringer Verwaltungsgerichts. Daraus entstanden zum Teil Gespräche mit potentiell interessierten Mitgliedern. Über eine Verstärkung der momentan zwanzig Mitglieder starken Regionalgruppe würde sich die Gruppe freuen.

SACHSEN:
LOTHAR HERMES

THÜRINGEN/SACHSEN-ANHALT:
SEBASTIAN HÄNDSCHKE

04

BERICHT DES BEIRATS

DR. ANKE MARTINY

Der Beirat tagte unter dem Vorsitz von Barbara Stolterfoht am 08. Mai 2013 in der Bundesgeschäftsstelle des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in guter Besetzung. Als Folge der jährlich rotierend neu berufenen Mitglieder waren einige zum ersten Mal dabei. Die Tagesordnung war wie immer gut gefüllt. Schon der Bericht der Vorsitzenden über aktuelle Aspekte der Arbeit von Transparency Deutschland bot Anlass für eine längere lebhaft Diskussion. Zu den Fragen »Transparenz in der Wissenschaft« - zum Beispiel beim Einsatz von Drittmitteln -, zur Rohstofftransparenz sowie zu Konzessionsverträgen in Kommunen wurden bilaterale Kontakte zwischen Transparency Deutschland und den Beiratsmitgliedern Prof. Dr. Hubert Weiger, Hugh Williamson, Cornelia Füllkrug-Weitzel und Barbara Rinke angeregt.

Das Beiratsmitglied Prof. Dr. Philip Manow präsentierte anschließend eine Analyse des Zusammenhangs von Korruption und der Finanzmarktkrise. Zu diesem Tagesordnungspunkt waren der Leiter der Arbeitsgruppe Finanzmarkt Stefan Calvi und das Vorstandsmitglied Caspar von Hauenschild eingeladen. Das Ergebnis der Diskussion war die Feststellung, dass in Deutschland Geldwäsche nicht genügend bekämpft wird und dass die Europäische Union sich gegenüber hinhaltenden Taktiken einiger Mitgliedsländer nicht genügend durchsetzt. Ein Wandel müsse von außen angestoßen werden – von den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Medien.

Ebenfalls auf Vorschlag aus der vorangegangenen Sitzung stellte Vorstandsmitglied Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten die Arbeit der Arbeitsgruppe Medien vor. Er stellte dabei drei Aspekte heraus: Zum einen die korruptionsverhindernde Wirkung von Medien durch das Herstellen von Öffentlich-

keit. Zum anderen Korruption in Verlags- und Rundfunkproduktionsunternehmen, wie sie in Automobil-, Reise-, Kosmetik- und Sportredaktionen und bei der Vergabe von Fernsehaufträgen auftreten kann. Und nicht zuletzt Korruption im Journalismus selbst.

Die Arbeitsgruppe Medien erhebt umfangreiche Forderungen zu mehr Transparenz, vor allem zwischen den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten und ihren Auftragnehmern. Gleichzeitig nimmt sie auch Nebentätigkeiten von festangestellten Autorinnen und Autoren und von Moderatorinnen und Moderatoren sowie die Fremdfinanzierung von Recherchen in den Fokus. Darüber hinaus gibt es ein Projekt mit der Universität Dortmund über Compliance-Regelungen in Medienunternehmen.

> BEIRATSSITZUNG AM 08. MAI 2013 IN BERLIN



05

MEDIEN- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der »Scheinwerfer«

DR. HEIKE MAYER

Auch im Jahr 2013 hat das Redaktionsteam seine Arbeit kontinuierlich fortgesetzt und konnte dem interessierten Lesepublikum vier neue Ausgaben des Scheinwerfer vorlegen. Das Nebeneinander von gedrucktem Heft für Vereinsmitglieder und Förderer sowie der Online-Ausgabe für jedermann hat sich bewährt, sodass der Vorstand die Entscheidung getroffen hat, dieses Verfahren auch in Zukunft beizubehalten.

Mit dem Schwerpunkt jeder Ausgabe wurden wieder Themen in Augenschein genommen, die Kernanliegen von Transparency Deutschland bilden: Etwa die UN-Konvention gegen Korruption, deren Verabschiedung vor zehn Jahren jetzt Anlass bot, mit dem Scheinwerfer 61 auf das zu blicken, was sich seither getan hat. Die noch immer ausstehende Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland hat Jochen Bäumel, ehemaliges Vorstandsmitglied, aus Sicht von Transparency Deutschland in seinem Beitrag auf den Punkt gebracht: »Zehn Jahre nix passiert, also auch in Zukunft weiter nix?«

»Kontrolldefizite« – das Wort klingt sperrig, aber in der Sache bezeichnet es präzise einen zentralen Grund, warum die Bekämpfung von Korruption letztlich scheitern muss, obwohl und selbst wenn es gesetzliche Vorschriften und freiwillige Selbstverpflichtungen gibt. Im Scheinwerfer 60 haben wir versucht, zu zeigen, wie vielfältig die Problematik ist und wie sich dies in den verschiedenen Bereichen – etwa im Gesundheitswesen, beim ehrenamtlichen Engagement oder bei der Arbeit der Rechnungshöfe – auswirkt.

Die Gründung von Transparency Deutschland vor 20 Jahren gab im Scheinwerfer 59 Gelegenheit, die Zeit Revue passieren zu lassen, Erfolge der Vereinsarbeit zu nennen, aber zugleich auch kri-

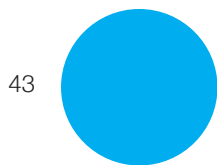
tisch zu fragen, ob das Glas nun halb voll oder halb leer ist. Stellvertretend hierfür das Resümee von Vorstandsmitglied Gabriele C. Klug, die hier im Zusammenhang mit einem Korruptionsregister bei der Vergabe öffentlicher Aufträge festhält: »Auf Länderebene haben wir bereits sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Auf Bundesebene müssen wir weiter Druck machen.« Also nicht nur zurück, sondern auch nach vorne geht der Blick. In generationsübergreifenden Gesprächen erörtern langjährige und junge Aktive gemeinsam Zukunftsperspektiven bei der Prävention und Bekämpfung von Korruption.

Einem ebenso hochkomplexen wie brisanten Thema widmete sich der Scheinwerfer 58: »Intransparenz und Korruption im Rohstoffsektor«. Transparenz über Finanztransfers und über Bedingungen, unter denen in Entwicklungs- und Schwellenländern Rohstoffabbau betrieben wird, Verantwortlichkeit herstellen – dies alles gehört zu den zentralen Forderungen von Transparency International, Transparency Deutschland sowie der von Vereins-Gründer Peter Eigen angestoßenen Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und spiegelt sich in den Beiträgen dieses Heftes wider.

Auf der alljährlichen Redaktionskonferenz – diesmal wieder in Berlin – konnten wir mit dem Journalisten Günther Bartsch einen interessanten Gesprächspartner als »Gastkritiker« begrüßen. Der Geschäftsführer des netzwerk recherche – einem Zusammenschluss investigativ arbeitender Journalisten und Kooperationspartner von Transparency Deutschland – analysierte den Scheinwerfer in einer Blattkritik und konnte dem Redaktionsteam viele wertvolle Anregungen zur Verbesserung unserer Arbeit geben.

2012

2013



43



50

Pressemitteilungen

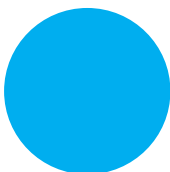


9



6

Pressekonferenzen

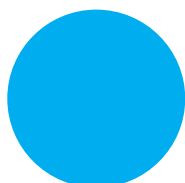


2.131

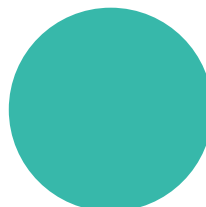


2.013

Erwähnung von Transparency
in der Presse und den Medien

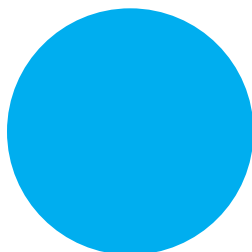


6.221

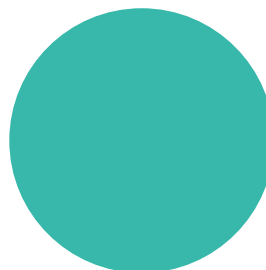


6.970

Newsletter-Abonnenten



162.849

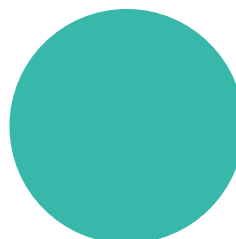


174.628

Besuche der Website
(monatlich)



2.780



4.812

Twitter-Follower



2.247



4.268

Facebook-Fans



177



180

Veranstaltungen mit
Transparency-Referentinnen
und Referenten

06

FINANZEN UND
MITGLIEDER**Erträge**

Die Einnahmen fielen im Jahr 2013 mit 355.011 € etwas geringer aus als im Vorjahr (395.249 €). Vor allem im Bereich der Zuweisungen von Geldauflagen wurden im Vergleich zum Vorjahr geringere Einnahmen erzielt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Einnahmepositionen erläutert. Die Beträge der einzelnen Einnahmepositionen können der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden.

Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen auf 87.040 € (Vorjahr 80.580 €). Bei den Beiträgen von korporativen Mitgliedern gab es gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung (110.900 €).

Spenden

Bei den Spendeneinnahmen gab es gegenüber dem Vorjahr (72.895 €) einen Rückgang auf 40.331 €. Vor allem Unternehmen und Körperschaften spendeten weniger an den Verein, während es bei den Spenden von Einzelpersonen keine größeren Veränderungen gab.

Förderbeiträge

Förderbeiträge, also regelmäßige Spenden, sind für die langfristige Planbarkeit besonders wichtig. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Förderbeiträge um rund 40 Prozent auf 58.667 € stiegen (Vorjahr 41.461 €).

Geldauflagen

Die Zuweisungen von Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften lagen mit 20.475 € niedriger als im Vorjahr (41.000 €).

Honorare

Die Einnahmen aus Honoraren lagen im Jahr 2013 bei 15.016 € und sind damit im Vorjahresvergleich (8.955 €) deutlich gestiegen. Dies ist vor allem auf ein Honorar in Höhe von 6.000 € zurückzuführen (siehe dazu Abschnitt »Einnahmen über 1.000 Euro«). Bei dieser Position handelt es sich um Honorare, die gezahlt worden sind, wenn Mitglieder von Transparency Deutschland auf Veranstaltungen oder Tagungen Vorträge gehalten haben. Allen ehrenamtlich arbeitenden Referentinnen und Referenten sei herzlich für ihr Engagement gedankt.

Zinserträge

Diese Einnahmeposition ist mit 811 € geringer ausgefallen als im Jahr 2012 (2.301 €). Der Verein hat im Jahr 2013 sein Bankvermögen zum Zwecke der Risikostreuung auf zwei Banken verteilt.

Sonstige betriebliche Erträge

Einen Großteil dieses Postens macht eine Förderung der EU-Kommission für die beiden Projekte »Staying on side: How to stop match fixing« und »Lifting the lid on lobbying: Taking secrecy out of politics« aus.

Aufwand

Die Ausgaben sind mit 393.367 € etwas geringer ausgefallen als im Vorjahr (397.303 €). Die größte Ausgabenposition ist der Personalaufwand, dessen Höhe sich im Vergleich zum Vorjahr (215.404 €) mit 216.143 € kaum verändert hat. Personalausgaben fallen in der Geschäftsstelle für den Geschäftsführer, vier Mitarbeitende, einen Netzwerkadministrator und zwei Praktikanten an.



Die Mitglieder des Vorstands und des Beirats sowie die Leiterinnen und Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sind ehrenamtlich tätig und erhalten vom Verein keine Bezüge.

Die Reise- und Veranstaltungskosten gingen zurück auf 78.717 € (Vorjahr 89.642 €). Der überwiegende Anteil der Reise- und Veranstaltungskosten entstand durch das Führungskreistreffen in Erfurt, die Mitgliederversammlung in Berlin und die Vorstandssitzungen. Die Kosten für Bürobedarf, Kommunikation und Literatur stiegen auf 48.042 € (Vorjahr 40.569 €). Der Mehrbedarf resultierte vor allem aus den Kosten für den Druck und das Layout unserer Mitgliederzeitschrift »Scheinwerfer«, welche bis Mitte 2012 nur als Online-Publikation erhältlich war.

Die sonstigen Kosten beinhalten unter anderem Nebenkosten des Geldverkehrs, Kosten für die externe Lohnbuchhaltung, Spenden des Vereins und Abschreibungen.

Rücklagen

Zum 31. Dezember 2013 wurde die Betriebsmittelrücklage in Höhe von 80.000 € aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 9. März 2014 wurde eine neue Betriebsmittelrücklage in Höhe von 83.058 € gebildet. Ebenfalls mit Vorstandsbeschluss vom

9. März 2014 wurde die freie Rücklage durch Zuführung von 32.012 € zum 31. Dezember 2013 auf 275.324 € erhöht.

Ergebnis

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen entsteht ein Jahresergebnis von -37.545 € (Vorjahr 248 €). Nach Entnahmen aus den Rücklagen und Bildung der selbigen verbleibt ein Bilanzergebnis von null (Vorjahr 72.615 €).

Prüfung

Transparency Deutschland lässt seine Vereinsfinanzen freiwillig prüfen. Die Prüfung erfolgte durch die Wirtschaftsprüferin Dipl.-Kffr. (FH) Martin Schmidt, Berlin und wurde im Februar 2014 durchgeführt.

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Demnach wurde die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen und die Prüfung hat insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Beträge auf volle Euro gerundet, 1.1.2013 bis 31.12.2013 bzw. 1.1.2012 bis 31.12.2012

| ERTRÄGE | 2013 | 2012 |
|--|-----------------|-----------------|
| 1. Mitgliedsbeiträge und Spenden | 296.938 | 305.836 |
| Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder | 87.040 | 80.580 |
| Mitgliedsbeiträge korporative Mitglieder | 110.900 | 110.900 |
| Förderbeiträge Unternehmen und Körperschaften | 3.550 | 3.550 |
| Förderbeiträge Einzelpersonen | 55.117 | 37.911 |
| Spenden Einzelmitglieder | 7.981 | 8.267 |
| Spenden korporative Mitglieder | 40 | 3.700 |
| Spenden Einzelpersonen Nichtmitglieder | 31.127 | 35.228 |
| Spenden Unternehmen und Körperschaften Nichtmitglieder | 1.183 | 25.700 |
| 2. Bußgelder | 20.475 | 41.000 |
| 3. Erlöse aus Veranstaltungen und Vorträgen | 21.059 | 16.287 |
| Honorare (erhalten) | 15.016 | 8.955 |
| Veranstaltungseinnahmen | 2.140 | 1.809 |
| Reisekostenerstattungen | 3.903 | 5.523 |
| 4. Sonstige betriebliche Erträge | 16.539 | 32.127 |
| Summe Erträge | 355.011 | 395.249 |
| AUFWAND | 2013 | 2012 |
| 5. Personalaufwand | -216.143 | -215.404 |
| Löhne/Gehälter | -175.105 | -175.763 |
| Sozialaufwand | -41.039 | -39.641 |
| 6. Abschreibungen | -1.640 | -1.553 |
| 7. sonstiger betrieblicher Aufwand | -175.584 | -180.345 |
| Bürobedarf, Kommunikation, Literatur | -48.042 | -40.569 |
| Reisekosten | -45.554 | -55.750 |
| Veranstaltungskosten/Mieten Veranstaltungen | -33.164 | -32.878 |
| Raumkosten | -20.971 | -20.600 |
| Sonstige Aufwendungen | -9.779 | -10.092 |
| Buchführungs-/Prüfungskosten | -7.832 | -7.863 |
| Rechts- und Beratungskosten | -4.025 | -1.805 |
| Werbe- und Repräsentationskosten | -2.311 | -1.739 |
| Instandhaltung/Anschaffungen | -2.037 | -1.761 |
| Beiträge und Versicherungen | -1.571 | -1.998 |
| Honorare (gezahlt) | -298 | -5.290 |
| Summe Aufwand | -393.367 | -397.303 |
| 8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 811 | 2.301 |
| Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -37.545 | 248 |
| 9. Gewinnvortrag | 72.615 | 107.792 |
| 10. Entnahmen aus den Rücklagen | 80.000 | 80.000 |
| 11. Einstellung in die Rücklagen | -115.070 | -115.425 |
| Bilanzergebnis | 0 | 72.615 |

Bilanz

Beträge auf volle Euro gerundet, zum 31.12.2013 mit den Vergleichszahlen zum 31.12.2012

| AKTIVA | 2013 | 2012 |
|---|---------|---------|
| A Anlagevermögen | | |
| I. Sachanlagen | 4.555 | 5.151 |
| B Umlaufvermögen | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ¹ | 5.262 | 9.546 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 430.230 | 389.308 |
| Summe Aktiva | 440.047 | 404.005 |

| PASSIVA | 2013 | 2012 |
|--|---------|---------|
| A Eigenkapital | | |
| I. Rücklagen | | |
| 1. Betriebsmittlrücklage | 83.058 | 80.000 |
| 2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO | 257.324 | 225.313 |
| II. Bilanzgewinn | 0 | 72.615 |
| B. Rückstellungen | | |
| Sonstige Rückstellungen | 13.011 | 11.259 |
| C Verbindlichkeiten | | |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ² | 2.305 | 10.389 |
| 2. Sonstige Verbindlichkeiten ³ | 84.349 | 4.430 |
| Summe Passiva | 440.047 | 404.005 |

¹davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 2.040,38 (Vorjahr: Euro 1.876,66)²davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.304,66 (Vorjahr Euro 10.389,08)³davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 84.348,57 (Vorjahr: Euro 4.429,51)

Mitglieder und Förderer

Im Jahr 2013 konnten 118 neue Mitglieder begrüßt werden (Vorjahr: 118). 68 Mitglieder beendeten im Laufe des Jahres ihre Mitgliedschaft (Vorjahr: 57) und 15 wurden von der Mitgliederliste gestrichen. Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 1. Januar 2014 lag damit bei 1.154 Einzelmitgliedern (zum 1. Januar 2013: 1.119). Das entspricht einem Nettozuwachs von 35 Einzelmitgliedern (Vorjahr: 46). Die Anzahl der korporativen Mitglieder blieb bei 45. Darunter

befinden sich fünf Mitglieder auf Gegenseitigkeit. Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 1. Januar 2014 lag damit bei 1.199. Die Anzahl der Personen, die Transparency Deutschland durch eine regelmäßige Spende unterstützen, ist deutlich angestiegen. Zum Jahresende waren 307 Förderinnen und Förderer zu verzeichnen (Vorjahr: 260). 73 Förderinnen und Förderer sind gleichzeitig Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen regelmäßigen Betrag spenden.




»TRANSPARENZ IN WIRTSCHAFT, POLITIK, WISSENSCHAFT UND KULTUR IST MEINER MEINUNG NACH EINE GRUNDVORAUSSETZUNG FÜR EINE GERECHTE GESELLSCHAFT. EINE HOHE TRANSPARENZ ERMÖGLICHT DEN ZUGANG ZU INFORMATIONEN, DIE IN POLITISCHEN DISKUSSIONEN RELEVANT SIND. DIES FÖRDERT SACHBEZOGENHEIT UND MINDERT POPULISMUS. ICH SCHÄTZE DIE ARBEIT VON TRANSPARENCY INTERNATIONAL SEHR UND MÖCHTE MIT MEINEM FÖRDERBEITRAG WENIGSTENS EINEN GERINGEN BEITRAG LEISTEN.«

Dr. Maria Schlangen, Fördererin,
Chemikerin aus Berlin

Mitgliederentwicklung im Jahresvergleich

Anzahl der Mitglieder zum 1. Januar

 Korporative Mitglieder  Individuelle Mitglieder

2014



2013



2012



2011



2010



2009



Einnahmen über 1.000 Euro

EINZELPERSONEN

| | | |
|-----------------------|----------|-----------------------------|
| Peter Stewart Annibal | 3.000 € | Spende |
| Jörg Bantleon | 12.580 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Robert Demohn | 1.000 € | Spende |
| Jan-Hendrik Dohrmann | 1.066 € | Spende |
| Clemens Eckes | 2.480 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Thomas Ehlert | 1.001 € | Spende |
| Dr. Michael Faller | 1.500 € | Spende |
| Dr. Georg Fischer | 1.080 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Jan E. Föller | 1.500 € | Spende |
| Winfried Gaußelmann | 2.080 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Hans-Willi Jackmuth | 1.080 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Hanns Straub | 2.000 € | Spende |

UNTERNEHMEN, ORGANISATIONEN, KOMMUNEN

| | | |
|--|---------|-----------------------------|
| ABB AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| AGEG Consultants eG | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Allianz SE | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| BASF SE | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Bundesagentur für Arbeit | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Bundesstadt Bonn | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Business Keeper AG | 1.040 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| CMS Hasche Sigle | 6.000 € | Vortragshonorar |
| Commerzbank AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Control Risks Deutschland GmbH | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Daimler AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Deutsche Bahn AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH | 2.800 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Deutsche Lufthansa AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| DKM Darlehnskasse Münster eG | 1.000 € | Vortragshonorar |
| Fraport AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| GFA Consulting Group GmbH | 2.500 € | Mitgliedsbeitrag |
| GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH | 2.500 € | Mitgliedsbeitrag |
| GTECH GmbH | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| HELIOS Kliniken GmbH | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| HOCHTIEF AG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Innenministerium Schleswig-Holstein | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| KfW Bankengruppe | 2.750 € | Mitgliedsbeitrag und Spende |
| KUGLER MAAG CIE GMBH | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |

| | | |
|---|---------|------------------|
| Landeshauptstadt Potsdam | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| MAN SE | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Michael Koch GmbH | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Pfalzkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie AdöR | 2.500 € | Mitgliedsbeitrag |
| Poko-Institut | 1.000 € | Vortragshonorar |
| PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Robert Bosch GmbH | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| SAP Deutschland AG & Co. KG | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Schaltbau Holding AG | 1.000 € | Vortragshonorar |
| Stadt Halle (Saale) | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Stadt Hilden | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Stadt Leipzig | 1.000 € | Mitgliedsbeitrag |
| Stadtwerke Bonn GmbH | 5.000 € | Mitgliedsbeitrag |

Namen der Personen, Organisationen, Unternehmen oder Kommunen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2013 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen, und Vortragshonoraren zugewendet haben. Für ihre Unterstützung sei gedankt.

Korporative Mitglieder

KORPORATIVE MITGLIEDER

ABB AG, Mannheim
AGEG Consultants eG, Kirchheim unter Teck
akzente Kommunikation und Beratung GmbH, München
Allianz SE, München
BASF SE, Ludwigshafen
Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg
Bundesstadt Bonn
Business Keeper AG, Berlin
Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Control Risks Deutschland GmbH, Berlin
Daimler AG, Stuttgart
Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München
Deutsche Bahn AG, Berlin
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH, Köln
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main
Dr. Buchert & Partner Rechtsanwälte, Frankfurt am Main
Fraport AG, Frankfurt am Main
GFA Consulting Group GmbH, Hamburg
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH, Bad Homburg
GTECH GmbH, Münster
HELIOS Kliniken GmbH, Berlin
HOCHTIEF AG, Essen
Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel
KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
KUGLER MAAG CIE GmbH, Kornwestheim
Landeshauptstadt Potsdam
MAN SE, München
Michael Koch GmbH, Ubstadt-Weiher
OCHSENFELD + COLL Rechtsanwälte, Hildesheim
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR, Klingenmünster
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Robert Bosch GmbH, Stuttgart
SAP AG, Walldorf
Stadt Halle (Saale)
Stadt Hilden
Stadt Leipzig
Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn
Stiftung Evolutionsfond Apfelbaum, Köln
Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

KORPORATIVE MITGLIEDER AUF GEGENSEITIGKEIT

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V. (dnwe), Zittau

European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN), Brüssel

Global Cooperation Council (Nord Süd Forum) e.V., Bonn

ICC Deutschland e.V., Berlin

Nord-Süd-Forum München e.V., München

07

TRANSPARENCY DEUTSCHLAND STIFTUNG

Die Stiftung unterstützt wie der Verein den Kampf gegen jede Art von Korruption auf nationaler und internationaler Ebene in Staat, Wirtschaft und allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Stiftungszweck wird insbesondere durch die Unterstützung des Transparency International Deutschland e.V. verwirklicht. Das Guthaben der Stiftung lag im Jahr 2013 bei 37.815 Euro.

Am 20. November 2013 wurde Dagmar Schröder-Huse als Nachfolgerin von Dr. Hedda von Wedel zur Stiftungsratsvorsitzenden gewählt.

Die Stiftung freut sich über Zuwendungen zum Aufbau der Stiftung und über Spenden. Beispielsweise kann die Transparency Deutschland Stiftung im Testament bedacht werden. Als gemeinnützige Organisation ist sie von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit.



Vorstand

Stand: 31. Dezember 2013

| | |
|--|---|
| Prof. Dr. Edda Müller (Vorsitzende) | Honorarprofessorin, Ministerin a. D., Berlin |
| Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten (Stellvertretender Vorsitzender) | Rechtsanwalt, Berlin |
| Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende) | Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D., Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a. D., Andernach |
| Peter Conze | Lehrbeauftragter, ehem. Afrika-Direktor der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin |
| Gabriele C. Klug | Stadtkämmerin der Stadt Köln, Leitende Ministerialrätin a. D., Köln |
| Dr. Christian Lantermann | Rechtsanwalt, Certified Fraud Manager, Köln |
| Dr. Anke Martiny | Senatorin a. D., Publizistin, Berlin |
| Dr. Andreas Novak | Berater von Unternehmen im Bereich Kultur, Personal und Führung, Berlin |
| Dr. Gisela Rüb | Leiterin Ministerialbüro a.D., Berlin |
| Marion Stein | Rechtsanwältin und Mediatorin, Unternehmensjuristin, Hürth |
| Caspar von Hauenschild | Berater von Unternehmen, München |
| Dr. Wolfgang Wodarg | Arzt, Bundestagsabgeordneter a. D., Berlin |

Beirat

| | |
|--|--|
| Barbara Stolterfoht (Beiratsvorsitzende) | Ministerin a. D., ehem. Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWW), Berlin |
| Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin | Bundesministerin der Justiz a.D., Berlin |
| Prof. Dr. Hans Fleisch | Generalsekretär beim Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin |
| Cornelia Füllkrug-Weitzel | Vizepräsidentin des Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, Berlin |
| Dietmar Hexel | Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin |
| PD Dr. Ansgar Klein | Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin |
| Prof. Dr. Philipp Manow | Professor an der Technischen Universität Bremen, Bremen |
| Dr. Günter Metzges | Vorstandsmitglied und Mitbegründer von Campact e.V., Berlin |
| Volker Monnerjahn | Präsident des DJK Sportverbandes, Oberwesel |
| Ramona Pisal | Präsidentin des Deutschen Juristinnenbund (djb), Berlin |
| Pavel Richter | Vorstand von Wikimedia Deutschland e.V., Berlin |
| Barbara Rinke | Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen, Nordhausen |
| Peter Rohland | Vorstand des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin |
| Karenina Schröder | Projektleiterin des Berlin Civil Society Center, Berlin |

| | |
|---------------------------|---|
| Prof. Dr. Axel von Werder | Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Berlin Center of Corporate Governance, Berlin |
| Prof. Dr. Hubert Weiger | Vorsitzender des BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Berlin |
| Hugh Williamson | Direktor der Europa- und Zentralasien-Abteilung von Human Rights Watch, Berlin |

Ethikbeauftragter

| | |
|---------------------|---------------------------------------|
| Dr. Peter Hammacher | Rechtsanwalt und Mediator, Heidelberg |
|---------------------|---------------------------------------|

Arbeitsgruppenleiter/-innen

| | |
|----------------------------------|--|
| Constanze Berendts | Politische Bildung |
| Dr. Helmut Brocke | Kommunen |
| Stefan Calvi | Finanzmarkt |
| Dr. Jens Claussen | Transparenz in der Zivilgesellschaft |
| Dr. Heidi Feldt | Internationale Vereinbarungen |
| Dr. Rainer Frank | Hinweisgeber |
| Sieglinde Gauer-Lietz | Staatliche Entwicklungszusammenarbeit |
| Sonja Grolig | Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit |
| Dr. Friedrich Haunert | Transparenz in der Zivilgesellschaft |
| Christian Heuking | Vergabe |
| Reiner Hüper | Strafrecht |
| Dieter Hüsgen | Informationsfreiheit |
| Janina Kalle | Transparenz in den Medien |
| Dr. Michael Koß | Politik |
| Lars-Heiko Kruse | Sport |
| Dr. Heike Mayer | Informationsfreiheit |
| Dr. Andreas Novak | Wirtschaft |
| Dr. Gisela Rüß | Bundes- und Landesverwaltung |
| Dr. Kirsten Schubert | Integritätspakt |
| Prof. Dr. Günter-Ulrich Tolkiehn | Wissenschaft |
| Kenan Tur | Hinweisgeber |
| Dr. Wolfgang Wodarg | Gesundheitswesen |

Regionalgruppenleiter/-innen

| | |
|----------------------|---|
| Wolfgang Frauenkron | Regionalgruppe Bremen |
| Sebastian Händschke | Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt |
| Dr. Michael Heisel | Regionalgruppe München |
| Lothar Hermes | Regionalgruppe Sachsen |
| Gerd Leilich | Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein |
| Dr. Jan Tibor Lelley | Regionalgruppe Ruhrgebiet-Westfalen |
| Marion Nobbe | Regionalgruppe Metropolregion Nürnberg |
| Nicole Perez | Regionalgruppe Baden-Württemberg |
| Andreas Riegel | Regionalgruppe Rheinland |
| Dennis Schwarz | Regionalgruppe Niedersachsen |
| Joachim Walther | Regionalgruppe Frankfurt/Rhein-Main |
| Dr. Astrid Wokalek | Regionalgruppe Berlin/Brandenburg |

Sitzungen

| | |
|---------------------------------------|--------------------|
| Vorstandssitzung in Leipzig | 15.01.2013 |
| Treffen des Führungskreises in Erfurt | 01. bis 03.03.2013 |
| Vorstandssitzung in Erfurt | 03.03.2013 |
| Vorstandssitzung in Köln | 20.04.2013 |
| Beiratssitzung in Berlin | 08.05.2013 |
| Vorstandssitzung in Berlin | 14.06.2013 |
| Mitgliederversammlung in Berlin | 15.06.2013 |
| Vorstandssitzung in Berlin | 15.06.2013 |
| Vorstandssitzung in Berlin | 17.07.2013 |
| Vorstandssitzung in Berlin | 04.11.2013 |

Geschäftsstelle

Team

- Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer
- Ricarda Bauch
- Tobias Hecht
- Sylvia Just
- Sylvia Stützer
- Thomas Hoffmann, Student/IT
- Lisa Radsey
(Initiative Transparente Zivilgesellschaft)

Praktikant/innen

- Elisabeth Kahler (bis Februar)
- Viatcheslav Obodzinskiy (bis Juni)
- Arne Semsrott (März/April)
- Nicolas Besser (April bis September)
- Eva Jirjahlke (Juni bis September)
- Nora Niepmann (seit September)
- Ruben Rauber (seit Oktober)

Externe Unterstützung

- Folkard Wohlgemuth, Buchhalter

> OBERE REIHE VON LINKS: NORA NIEPMANN, SYLVIA JUST, RUBEN RAUBER, SYLVIA STÜTZER;
UNTERER REIHE VON LINKS: TOBIAS HECHT, DR. CHRISTIAN HUMBORG, RICARDA BAUCH



› DIE PRÄSENZBIBLIOTHEK IN DER GESCHÄFTSTELLE IN BERLIN



Bibliothek zum Thema Korruption

Wir führen in der Geschäftsstelle eine Präsenzbibliothek, die auf das Thema »Korruption« spezialisiert ist und eine gut sortierte Auswahl an wissenschaftlicher Fachliteratur, Aufsätzen, Nachschlagewerken, Vorträgen und Fachzeitschriften rund um das Thema »Korruption und Korruptionsprävention« umfasst. Bücher zu unseren Themen werden regelmäßig von ehrenamtlichen Mitgliedern für unsere Zeitschrift »Scheinwerfer« rezensiert. So sind auch fast alle Titel, die bisher rezensiert wurden, dort zu finden.

Mit Hilfe der Suchmaske können Sie in der Bibliotheksdatenbank online nach Sammelbänden, Aufsätzen, Monographien und Vorträgen recherchieren. Wir empfehlen, die Recherche bereits vor Besuch der Geschäftsstelle vorzunehmen. Unsere Bibliotheksdatenbank, eine Übersicht der vorhandenen Literatur und weitere Hinweise zu unserer Bibliothek finden Sie auf unserer Internetseite www.transparency.de unter »Präsenzbibliothek«.

Die Präsenzbibliothek befindet sich in der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland, Alte Schönhauser Str. 44, 10119 Berlin. Sie haben die Möglichkeit, Dokumente der Bibliothek vor Ort einzusehen. Da die Bibliothek auch als Konferenzraum fungiert, können wir keine Öffnungszeiten festsetzen, sondern bitten Sie darum, mit uns per E-Mail (office@transparency.de) oder telefonisch unter 030- 54 98 98 0 einen Termin zu vereinbaren.

Mit der Unterzeichnung der INGO-Accountability Charter hat sich Transparency verpflichtet, im Jahresbericht über die Umweltauswirkungen der Tätigkeit Bericht zu erstatten. Im Jahr 2013 wurde durch den Energieverbrauch und die Reisen der Geschäftsstelle ein CO₂-Ausstoß von rund 39,3 t verursacht. Für die Berechnung des Ausstoßes wurde der CO₂-Rechner von www.klimAktiv.de genutzt, dessen Erstellung durch das Umweltbundesamt begleitet und unterstützt wurde. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle nutzen auf dem Weg zur Arbeit das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel.



Korruptionsprävention braucht Ihre Unterstützung!

Die Mitglieder von Transparency Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für die Bekämpfung von Korruption in Deutschland. Sie bringen Ihr Fachwissen, Ihre Zeit und auch finanzielle Ressourcen ein. In thematischen Arbeitsgruppen setzen Sie sich gegen Korruption im Gesundheitswesen, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ein. In Regionalgruppen machen Sie sich für Transparenz vor Ort stark. Mit Hilfe von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen, Stellungnahmen in der Presse, Vertretungen bei Gesetzesanhörungen oder durch Publikationen leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Transparency Deutschland den wesentlichen Teil unserer Arbeit und stoßen dabei oft auf Widerstände. Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.

BILD: STEFANIE WERMTER

So können Sie aktiv werden:

Förderbeitrag:

Regelmäßige Förderbeiträge geben uns hohe Planungssicherheit und stärken unsere Unabhängigkeit. Wir informieren Sie regelmäßig über unsere Arbeit.

Spende:

Einzelne Spenden ermöglichen es uns, Projekte durchzuführen, die sonst nicht möglich wären.

[Spendenkonto: Transparency International Deutschland e.V.](#)
[Konto-Nr. 11 46 00 37 00 bei der GLS Bank \(BLZ 430 609 67\)](#)
[IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00](#)
[BIC: GENO DE M 1 GLS](#)

Mitglied:

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein, zum Beispiel in einer unserer Regionalgruppen oder für Schwerpunktthemen wie Wirtschaft, Politik, Sport und Gesundheitswesen.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Webseite www.transparency.de unter dem Menüpunkt »Mitmachen«.

Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, Förderinnen und Förderern und natürlich bei unseren Mitgliedern, die die Bekämpfung der Korruption finanziell unterstützt haben!

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer

Impressum

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Straße 44
10119 Berlin

Telefon 030-549898-0
Fax 030-549898-22
E-Mail office@transparency.de
Web www.transparency.de

 www.facebook.com/TransparencyDeutschland
 [@transparency_de](https://twitter.com/transparency_de)

Innenteil und Bilder -
soweit nicht anders angegeben:
Transparency International Deutschland e.V.

Wir danken den Autorinnen und Autoren für
ihre Beiträge zu diesem Jahresbericht.

Redaktionsschluss:
Februar 2014

Gestaltung:

Friendship Berlin
Nachhaltige Gestaltung und Kommunikation
www.friendshipberlin.de

ISBN: 978-3-944827-07-0

Klimaneutral gedruckt
auf 100 % Recyclingpapier

Die von Transparency Deutschland genutzte Lizenz
CC BY-NC-ND 3.0 legt fest, dass die Vervielfältigung
und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn
der Name der Autorin/des Autors genannt wird,
wenn die Verwendung nicht für kommerzielle Zwecke
erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung
oder Veränderung erfolgt.

